

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Donnerstags. Abonnementspreis mit illust. Beilage „Wolk u. Zeit“ rei Haus für die Woche vom 24. Febr. bis 1. März 45 Pfsg. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
 { 926 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeile ober oder unter dem Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.
 { 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 48.

Dienstag, 26. Februar 1924.

31. Jahrgang.

Auf dem Wege zur Goldmiete.

Vorläufige Verdoppelung der Mieten. — Der Senat übergeht die Bürgerchaft.

Dr. L. Lübeck, 26. Februar.

In ganz überstürzter Weise hat das Reichskabinett die dritte Steuernotverordnung erlassen. Aus dem Hin und Her der Meinungen bricht plötzlich zur allseitigen Ueberraschung ein Gesetz heraus, das die allergrößten Ungerechtigkeiten in sich schließt. Wir wollen heute nicht auf die Aufwertungsfrage eingehen. Das letzte Wort hierzu ist ja zweifellos noch nicht gesprochen. Die Entscheidung liegt beim Reichstag, der höchstwahrscheinlich mit den Stimmen der Sozialdemokratie und der Arbeitnehmervertreter im Zentrum, in der Volkspartei und in der demokratischen Partei erhebliche Änderungen fordern wird.

Die einschneidendste und folgenschwerste Maßnahme der genannten Steuernotverordnung ist die Mietzinssteuer. Die Reichsfinanzpolitik hat sich in den beiden letzten Jahren derartig festgelaufen, daß das Reichskabinett sich nicht mehr zu helfen weiß. Weshalb es zu den verzweifeltsten Mitteln seine Zuflucht nimmt.

Es entzieht zum 1. April den Ländern und den Gemeinden kurzerhand seine Zuschüsse. Und es bürdet ihnen gleichzeitig die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungsweises und die Ausgaben für die Polizei obliegend, während bisher der größte Teil der Kosten für diese Gebiete aus Reichsmitteln bestritten wurden.

Wie sollen Länder und Gemeinden die Mittel für diese ungeheure Belastung ihres Haushalts aufbringen? Der Reichsfinanzminister löst diese Frage sehr einfach: er gibt den Ländern das Recht, eine Mietzinssteuer zu erheben.

Die gewaltigen Summen, die die Länder in den nächsten Jahren brauchen werden, sollen also im wesentlichen vom Hausbesitz und von den Mietern aufgebracht werden. Es ist das wohl die ungeheuerlichste Belastung, die jemals einem Volke zugemutet wurde. Es ist das eine Besteuerung, die an Ungerechtigkeit nur noch von der Kopfsteuer seligen Andenkens übertraffen wird.

Die sozialdemokratische Partei hat schon im Reichstag erklärt, daß sie für eine solche „Steuerreform“ niemals zu haben sein wird. Und es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß auch die Lübecker Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu einer solchen Massenkröpfung unter den heutigen Verhältnissen nicht geben können.

Bedeutet doch ein solcher Steuerberg das Hinauftreiben der Mieten auf die Goldhöhe der Vorkriegszeit. Damit vergleiche man die jetzigen Löhne und Gehälter — ein Arbeiter oder kleiner Beamter muß in wenigen Monaten ein Drittel seines Einkommens für die Miete ausgeben. Ein Erwerbsloser müßte mehr Miete bezahlen, als er an Erwerbslosenunterstützung empfängt. Liegt da noch ein Sinn drin?

Natürlgemäß nahm auch die Lübeckische Finanzbehörde Stellung zu der durch die Finanzmaßnahmen des Reichsfinanzministers geschaffenen Lage. Sie schlägt vor, vom 1. März ab — also als Anfang — 12 Prozent der Friedensmiete in Form einer Grundsteuer und einer Aufwertungssteuer zu erheben. Diese 12 Prozent sollen zum größten Teil den Staat finanzieren, aber auch für Wohnungsbau verwandt werden. Und sie sollen dann von Monat zu Monat steigen entsprechend den Bedürfnissen des Staates.

In ihrer Sitzung vom 3. März soll die Bürgerchaft Stellung

nehmen zu diesem Vorschlag. Vielleicht wird er angenommen, vielleicht — auch nicht.

Jetzt wird heute morgen vom Wohlfahrtsamt bekannt gegeben, daß der Senat die Miete für März auf 40 Prozent der Friedensmiete festgelegt, also verdoppelt habe. Begründung: Belastung des Hausbesitzes durch die Mietzinssteuer.

Diese Mietzinssteuer ist aber noch gar nicht bewilligt. Der Senat setzt sich also über das Bewilligungsrecht der Bürgerchaft glatt hinweg. Und wenn die Bürgerchaft die Steuer ablehnt? Was dann? Werden die zuviel bezahlten Mieten dann zurückbezahlt? Durch den Senat vielleicht? Oder wird der Senat mit der Bürgerchaft wieder ein Volkentscheid-Duell wagen? Nachdem tausenden von Reinsagern die Augen aufgegangen sind, wohin seit Monaten die deutsche Reise geht?

Wir betonen, daß wir einer angemessenen Erhöhung der Mieten, soweit sie im Interesse der Erhaltung der Häuser und als Entgelt für die Verwaltungskosten der Besitzer notwendig sind, durchaus zustimmen. Und wir sind auch bereit, eine Belastung der Mieten zur energischen Förderung des Wohnungsbaues zu ertragen. Aber daß Hausbesitz und Mieter die Finanzierung des Staates tragen sollen, das ist für uns ein unannehmbarer Vorschlag.

Die kleine bitterfüßige Pille, die man den Beamten mit dem Versprechen der Gehaltserhöhung zum 1. April gibt, ist ein guter Witz. Hat doch der Staat unter den heutigen Umständen nicht einmal die Mittel, um die jetzigen Gehälter zu bezahlen.

Aber die Beamten haben sich ja bei den letzten Wahlen als die besten Stützen der „Aufbauparteien“ erwiesen. Man muß sie deshalb bei guter Laune erhalten.

Die Stellungnahme unserer Bürgerchaftsfraktion wird sich ungefähr dessen mit der Forderung unserer Reichstagsfraktion, die wir vor einigen Tagen veröffentlichten:

Die Mietsteuer beantragt die Fraktion zu streichen. Ebenso soll der Paragraph aus der Verordnung entfernt werden, der die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungsweises und der Polizei den Ländern zu selbständiger Regelung überweist. Zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden fordert der Antilativ-Gesekentwurf an Stelle der Mietsteuer eine Regierungsvorlage, durch die den Ländern die Erhebung eines Zuschlages bis zu 200 Prozent zur Vermögenssteuer gestattet wird. Dabei sollen Unterscheidungen zwischen mobilem und immobilem Vermögen, zwischen landwirtschaftlichen und anderen Grundstücken, zwischen Effektenbesitz und anderen Vermögenswerten und zwischen aktiverem, aktivverbleibendem und verringertem Vermögen gestattet sein. Zur Förderung des Wohnungsbaues wird ein Gehaltentwurf verlangt, der die Erhebung einer Abgabe bis zu 10 Prozent der Friedensmiete vorsieht.

Es werden sich um die neueste „Steuerreform“ Kämpfe im Reichstag abspielen. Und ähnliche Auseinandersetzungen werden wahrscheinlich auch in der Bürgerchaft ausgetragen werden müssen. Das Volk hat allen Grund auf der Hut zu sein und den verschiedenen Parteien auf die Finger zu sehen.

Die Frucht des Volkseigentums und der Bürgerchaftswahl beginnt jetzt zu reifen: Arbeiter, Beamte und Angestellte sollen länger arbeiten, weniger verdienen und mehr Steuern bezahlen. Auf daß das Kapital blühe, wachse und gedeihe!

Die Arbeit der Sachverständigen.

SPD. Paris, 25. Februar. (Eig. Drahtber.)

Während das Komitee Mac Kenna nach Abschluß der Vorarbeiten für das der Reparationskommission zu erstattende Gutachten sich auf eine Woche vertagen wird, arbeitet das erste der beiden Expertenkommitees mit Hochdruck an der Prüfung und Sichtung des in Berlin gesammelten Materials. Es hat auch am Montag wiederum zwei Sitzungen abgehalten, deren eine der Frage der Reorganisation und der Ruhbarmachung der deutschen Eisenbahnen, die andere dem Problem der Stabilisierung des deutschen Budgets gewidmet hat. Ueber die Tendenzen, die die Beratungen der Sachverständigen beherrschen, werden von der Presse und namentlich von den hier erscheinenden amerikanischen Blättern täglich spaltenlange Informationen veröffentlicht, die sich weit mehr durch Kombinationsgabe als durch Zuverlässigkeit auszeichnen. Die beiden Sachverständigenkomitees haben selbst bereits Veranlassung genommen, vor dieser Art der Berichterstattung auf das entschiedenste zu warnen. Man wird deshalb gut tun, aus den zahlreich verbreiteten Meldungen keine vorläufigen Schlüsse zu ziehen. Tatsache ist jedenfalls, daß in beiden Komitees irgendwelche konkrete und positive Vorschläge bisher nicht formuliert worden sind. Dagegen lassen sich aus den nicht sehr zahlreichen offiziellen Kommunikationen und aus authentischen Äußerungen einzelner Experten eine Reihe Richtlinien darüber entnehmen, in denen sich die bisherigen Beratungen kristallisiert zu haben scheinen: 1. Das Gutachten und die positiven Vorschläge der Sachverständigen werden rein wirtschaftlichen Charakters, unter Ausschaltung aller politischen Motive, sein. Sie werden ein un-

teilbares Ganzes bilden, das hier en bloc angenommen oder abgelehnt werden kann. — Nach dem „New York Herald“, der in dieser Zeit gut unterrichtet zu sein scheint, herrscht in Kreisen der Experten die Auffassung, daß die Reparationskommission sich zu entscheiden hat, ob werde zwischen dieser rein wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems oder aber für eine politische Lösung, die mit der Ausübung neuer Pressionen auf Deutschland, die Abtrennung der Ruhr vom Reich, kurzum auf die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes, hinauslaufen würde. Eine Mittelslösung ist nach Auffassung der Mehrheit der Experten unmöglich.

Börse und Steuernot.

Berlin, 25. Februar.

Die Unsicherheit die durch den erneut entbrannten Kampf um die Rechtsgültigkeit der 3. Steuernotverordnung entstanden ist, macht sich in starkem Maße an der Börse geltend. Hierdurch wurden auch einige allmähliche Momente, von denen man eine Anregung für das Effektengeschäft hätte erwarten können, in ihrer Wirkung beeinträchtigt. In den letzten Tagen hatte sich ein bemerkenswertes Nachlassen der Effektenverkäufe für ausländische Rechnung gezeigt und es bestand die Annahme, daß das fremde Kapital sich den deutschen Börsen wieder in härterem Maße zuwenden wird. Wenn dieses die erhoffte Anregung nicht bringen konnte, so lag das daran, daß vom inländischen Publikum so gut wie gar nichts an den Markt gelangt war und auch die Spekulation aus Mangel an eigenen Mitteln neue größere Engagements einzugehen nicht in der Lage war. Die Tendenz war im allgemeinen lustlos. Verschiedentlich ergaben sich geringe Abschwächungen der Kurse. Im Devisenverkehr besteht nach wie vor große Nachfrage. Im Außenverkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln zeigt sich eine leichte Befestigung des französischen Frank.

Henderson für Revision des Friedens.

London, 24. Februar.

Der englische Innenminister Arthur Henderson befahte sich gestern in einer Rede in Burnley mit der internationalen Lage unter besonderer Bezugnahme auf die Notwendigkeit einer Revision des Versailler Vertrages.

Er sagte, die Tatsache, die am meisten in der internationalen Lage hervorragt, sei die, daß

die Friedensverträge fehlerhaft seien.

Was auch immer die Ansichten der alliierten Staatsmänner waren, die ihre Länder in Paris vertraten, es sei ihnen nicht gelungen, einen gerechter und dauernden Frieden zustande zu bringen. Die Politik, die nach dem Waffenstillstand angenommen wurde, habe Europa Chaos, Ruin, Hungersnot, Krankheit und Tod gebracht. Die Aufgabe der MacDonald und die Regierung überüberstanden, sei nicht nur die Frage, wie die Entschädigung aufrechterhalten werden könne, sondern wie verhindert werden könne, daß der fiskalische wirtschaftliche Ruin weitere Fortschritte mache. Die Aufgabe der Regierung sei es, einen wirklichen Frieden zu schaffen, Handel und Verkehr wiederherzustellen und sie auf eine so feste Grundlage zu setzen, daß die Zivilisation niemals wieder von einer ähnlichen Gefahr bedroht werde. Daher müßten alle, die den Frieden liebten, und die würdigen, den Beginn einer neuen Ära internationaler Zusammenwirkens und Wohlwollens zu sehen, auf der schnellstmöglichen

Revision des Vertrages bestehen

als einer unbedingten Notwendigkeit bestehen, ebenso wie auf einer Lösung des untrüglichen Reparationsproblems. Was sowohl die territoriale, als auch die wirtschaftliche Seite des Versailler Vertrages betreffe, so sei eine Revision seiner Wunsch nach nicht nur wesentlich, sondern seit langem überfällig. Der Versailler Vertrag sei zweifellos den Grundrissen der von den alliierten vorgezeichneten Vereinbarung, unter der Deutschland die Waffen strecke, entgegengesetzt. Der Versailler Vertrag enthalte territoriale und wirtschaftliche Kaufleute, die Tatsache abgelehnt, die sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach in öffentlichen Erklärungen enthalten seien, die von den alliierten Staatsmännern während des Krieges ausgesprochen wurden. Der Vertrag habe den Kampf der Völker um Befreiung und Schaffung einer Herrschaft des Rechts in einen katastrophischen Eroberungskrieg umgewandelt. Die Bestimmungen des Vertrages verfolgten den Zweck, von den besiegten Ländern unermessliche Summen als Entschädigung herauszupressen unter der irrtümlichen Annahme, daß das wirtschaftliche Leben mancher Länder zerstört werden könne, ohne daß dies das Wirtschaftsleben anderer Länder fröhliche.

Henderson sagte, er wolle, daß die Öffentlichkeit Kenntnis auf welchem Standpunkt die Regierung stehe. Der Premierminister versuche

die notwendige Atmosphäre zu schaffen,

und er hoffe, daß Schritte durch eine Weltkonferenz, durch den Völkerverbund oder durch beide unternommen würden, um zu sehen ob man nicht zu dem Standpunkt zurückkommen könne, der von dem verstorbenen Präsidenten Wilson im Geleitwort zu der Resolution der alliierten Staatsmänner in den Jahren 1917/18 und 1917 angenommen wurde. Henderson schloß: „Ich bin überzeugt, daß unsere alliierten Staatsmänner nach dem Waffenstillstand und nach Beginn ihrer Arbeit in Paris deutsche Elemente auf wirtschaftliche Tatsachen unberücksichtigt ließen, und es scheint mir, daß, je eher unsere Regierung die richtige Atmosphäre schaffen und auf die Frage der Revision des Vertrages kommen kann, es um so besser für alle in Betracht kommenden sein wird.“

London, 25. Februar.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die vom Minister Henderson am Samstag in Burnley gehaltenen Rede, in der er die baldige und gründliche Revision des Versailler Vertrages forderte, habe beträchtliches Aufsehen in ausmännischen diplomatischen Kreisen und sogar Unruhe bei einzelnen Ministern verursacht, obwohl Poincare durch Briefe von London nach Paris gesandene Mitteilungen demantieren wollen, daß eine Entmischung dieser Art zu einem früheren Zeitpunkt seitens des neuen britischen Kabinetts erwartet werden könnte. Wenn es auch nicht ganz klar ist, ob Henderson durch seine Erklärungen das Tempo der Entwicklung in die gleiche Richtung lenken wolle, so sei es andererseits kein Geheimnis, daß sowohl innerhalb des auswärtigen Ministeriums als auch innerhalb der Arbeiterpartei die Ansicht herrsche, die auswärtige Politik der neuen Regierung sei bisher durch allzuviel Heberlegungen und Jahmheit gekennzeichnet, wofür Lord Salisbury und das Foreign Office in der Hauptsache verantwortlich seien. Da andererseits die Revision des Versailler Vertrages seit langem ein Hauptpunkt des außenpolitischen Programms der Arbeiterpartei sei, so sei es möglich, daß Henderson, indem er erklärte, daß die bisherigen Bestimmungen des Premierministers in der auswärtigen Politik hauptsächlich auf die Schaffung einer für eine Revision der Versailler Bestimmungen günstigen Atmosphäre hingielen, nur eine Tatsache festgestellt habe und nichts weiter.

Der Vorstoß Arthur Hendersons gegen den Versailler Vertrag, den er in einer Rede in seinem Wahlkreis, wo er um das für ungültig erklärte Mandat kämpft, gemacht hat, verdient besondere Beachtung, weil er sich damit als Minister des Arbeiterkabinetts festgelegt hat. Die Argumente Hendersons gegen den Versailler Vertrag entsprechen vollkommen den Hauptargumenten, die bisher schon von vielen hervorragenden internationalen Gegnern dieses Vertrages des Unfriedens und des Unrechts gefunden wurden. Von besonderer Wichtigkeit ist die grundlegende Bemerkung, daß der ganze Versailler Vertrag im Widerspruch zu den Vereinbarungen vor dem Waffenstillstand stehe, auf Grund deren Deutschland die Waffen niederlegte.“ Das

ist der moralische Ausgangspunkt des Kampfes gegen Versailles. Das sich Henderson zum Anwalt der Gerechtigkeit und Ehrlichkeit macht, ist ihm hoch anzurechnen. England hat aber auch einen namhaften materiellen Anlag, den „Betrug von Versailles“, wie er es nennt, zu revidieren. Der wirtschaftliche Ruin Europas, der mit dem Ruin Deutschlands eng verbunden ist, hat auf die englische Wirtschaft mit schwersten Schäden zurückgewirkt. Die Arbeitslosigkeit in England ist die Folge der zerstörten Kaufkraft auf den Hauptteilen des Weltmarktes und die Zerstörung der Kaufkraft geht von dem Niederbruch der zentral-europäischen Länder aus.

Nach einem eigenen Drahtbericht der SPD hat Lloyd George am Montag im Unterhaus Anlauf genommen, die Regierung wegen dieser Rede Hendersons zu interpellieren. U. a. fragte er, ob die Hendersonsche Rede einen unmittelbaren Einfluß auf die Revision des Versailler Vertrages habe. Macdonald gab dem Haus bekannt, daß die von der offiziellen Haltung der Regierung abweichenden Meinungen Hendersons in der Wahlkammer „unmittelbar“ Einwirkung auf die Revision des Vertrages haben würde.

Vor der großen Reichstagsdebatte.

Wann sind die Wahlen? — Wird der Ausnahmezustand abgeändert?

SPD, Berlin, 25. Februar.

Der Ausgang der heute im Reichstag beginnenden großen politischen Aussprache ist vorläufig noch vollkommen ungewiß. Sider ist vorläufig nur, daß die Sozialdemokratie keineswegs daran denkt, sich der Auffassung des Kabinetts Marx über die Behandlung der Notverordnungen anzuschließen. Es ist weiter anzunehmen, daß eine Anzahl Mitglieder aus den Reihen des Zentrums und der Demokraten, vielleicht auch der Volkspartei, für die Abänderung bzw. Aufhebungsanträge der Sozialdemokratie stimmen wird, jedoch die Regierung ernsthaft überlegt, auf welche Art sie das vermeiden kann. Tatsächlich hat sie hierzu allen Anlaß, denn, falls die Abstimmungen über die sozialdemokratischen Anträge auch nur teilweise zu einem positiven Ergebnis führen, würde das in einem gewissen Sinne den Zerfall der Regierungskoalition bedeuten. Die Überlegungen laufen deshalb darauf hinaus, wie es möglich ist, noch außen hin die Einheit der Koalition zu wahren, trotzdem aber den Reichstag nach Hause zu schicken. Die Oberbürgermeister-Gruppe im Kabinett soll deshalb im Augenblick nicht mehr kritisch wie bisher an der Auffassung über die Behandlung der Verordnungen festhalten, sondern den Plan legen, über ein Vertrauensvotum den Reichstag zur Erlösung zu bringen. Die Herren geben von der Tatsache aus, daß die Regierung Marx ein Minderheitskabinett ist und in Anbetracht der Haltung der Deutschennationalen und der Sozialdemokraten ein Vertrauensvotum ohne weiteres abgelehnt wird, wenn die Linke und Rechte des Hauses vollständig anwesend ist. Aber auch gegen diesen Plan wenden sich erhebliche hitzerische Politiker, die gegenwärtig aus arbeitspolitischen Gründen Gegner von Neuwahlen sind und erst wählen lassen wollen, wenn die Wahlen im Reichstag fast geschlossen haben.

Welche Richtung innerhalb der Regierung bzw. der bürgerlichen Parteien folgt, bleibt also vorläufig abzuwarten. Jedemfalls stehen heute parlamentarische Kräfte bevor. Sie dürfen sich nicht nur auf die mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes ausgesetzte Tätigkeit der Regierung beschränken. Im Vordergrund der bevorstehenden Debatte werden wahrscheinlich die Absichten des Kabinetts über die Verhängung eines zivilen Ausnahmezustandes stehen. Tatsache ist, daß die Regierung den militärischen Ausnahmezustand am 1. März abhebt, aber schon wenige Tage später den zivilen Ausnahmezustand zu verhängen beabsichtigt. Sie ist zu diesem Zweck bereits mit den Landesregierungen in Verhandlungen getreten. Praktisch würde das bedeuten, daß die Volkspartei zwar bei der Landesregierung als ausführende Instanz bleibt, aber Herr Jansen an Stelle des Generals Seidel tritt und jederzeit Gelegenheit hat, unter Bezugnahme auf den Artikel 48 der Reichsverfassung den Ländern in jeder Beziehung Schwierigkeiten zu machen. Dieser Plan des Kabinetts ist natürlich ebenfalls schädlich und gefährlich wie der bisher unter großem Kostenaufwand aufrechterhaltene Ausnahmezustand. Deshalb ist anzunehmen, daß die Absicht, den zivilen Ausnahmezustand zu verhängen, noch viel Sturm im Lande hervorrufen wird, die Volksparteien erneut aufwachen. Wir protestieren jedenfalls schon jetzt gegen den Plan, einen künstlich überlängten Ausnahmezustand zu verhängen und insbesondere die bis heute bestehende Notlage in Deutschland fortbestehen zu lassen.

Heute Beginn des Hitlerprozesses.

Die Anklageschrift.

SPD, München, 25. Februar.

Am Dienstag beginnt bekanntlich in München der Hauptprozess gegen Hitler, Lodenstorf und Genossen. Durch einen Zufall sind wir in der Lage, bereits heute einen Auszug aus der Anklageschrift zu veröffentlichen.

Das meiste der unumwundenen Dokumente, das von vorderein die Harmlosigkeit der Handlungswelt des ehemaligen Generalkommissars v. Koch sowie des Landeskommendanten v. Goßmann, auch des Herrn v. Seiffert, zu erweitern. Dabei ergibt sich aus den beibrachten Tatsachen, daß Koch und Goßmann lange Zeit vor dem Parteimitglied Hitler und seinen Anhängern in Verbindung standen und über die Einzelheiten des Unternehmens genau unterrichtet waren. Sie haben nichts getan, was den Parteimitgliedern hätte verhindern können, haben vielmehr noch bestehende republikanische Führerorganisationen bewusst zerstört. In der letzten und wichtigsten Abschnitten befaßt sich die Anklageschrift mit der besonderen Schuldfrage der einzelnen Angeklagten. Adolf Hitler wird als die Seele des ganzen Unternehmens bezeichnet. Er habe den Plan zu dem Unternehmen entworfen. Er sei der Ausführende an die Spitze gesetzt, den Sturz der Reichsregierung im Reich und in Bayern erklärt, immer neue Minister bestellt und für sich selbst die oberste Leitung der Reichsregierung als Ministerpräsident übernommen. Er sei bemüht gewesen, das Unternehmen zu führen und zu erweitern und es auch dann fortzuführen, als ihm die militärische Unterstützung vollkommen klar sein mußte. Bei General Ludendorff sei die Annahme begründet, daß er über das für den 8. November geplante Unternehmen schon vorher genau unterrichtet war. Von der gewalttätigen verfassungsrechtlichen Art des eingeschlagenen Unternehmens habe er aber trotzdem am Abend des 8. November Kenntnis erhalten, als er mit Kochmann absprach und zum Hinterpfortener Minister besteuert wurde. Er sei auch sofort auf die Seite des Unternehmens getreten und habe sich als Führer der neu zu bildenden Nationalarmee betätigt, indem er Kochmann über Grenzschutz, Einziehung der nationalen Verbände in die Reichswehr, die Befehle an Hauptmann a. D. Köhm gab, das Wehrdienstkommando mit seinen Bewerten befehligt zu lassen und sich schließlich an die Spitze des Regimes in das Stadtkommando stellte, um durch das Gesicht seines Namens und seiner Persönlichkeit dem Vorne einen besonderen Nachdruck zu geben und Einfluß auf Reichswehr und Landesregierung zugunsten des Unternehmens zu gewinnen.

Von dem Rat am Obersten Landesgericht München, Ernst

Reichsbeamtenkonferenz.

Der Parteivorstand beruft hiermit für Freitag und Samstag, den 28. und 29. März d. J., nach Berlin, Preußischer Landtag, Prinz-Albrecht-Straße 5, Saal 8, die

5. Tagung des Reichsbeamtenrats der WPD.

ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt worden:

1. Sozialdemokratie und Beamenschaft.
- Referent: Parteivorsitzender Gen. Hermann Müller.
2. Der Reichstagswahlkampf und die Beamten.
- Referent: Gen. Hermann Wäger.

Beginn der Tagung am 28. März, mittags 1 Uhr. Vorher den Mitgliedern des Reichsbeamtenrats können als Gäste mit beratender Stimme teilnehmen: die Mitglieder unserer Reichstags- und Landtagsfraktionen und die in der Beamtenorganisation tätigen Parteigenossen, die im Besitze einer Gastkarte sind. Die Auskündigung der Gastkarte muß bei dem zuständigen Bezirksvorstand beantragt werden, denen je einige von der Beamtenschaft übergeben werden. Delegationskosten für die Gäste dürfen dem Parteivorstand nicht entstehen. Anträge müssen bis spätestens 17. März bei der Beamtenschaft (Hermann Wäger, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3) eingegangen sein.

Wahl wegen Quartierbeschaffung (beabsichtigte Dauer des Aufenthalts, Privatquartier oder Hotel) sind gleichfalls an die Beamtenschaft bis 17. März zu richten.

Der Parteivorstand (Beamtenschaft)

Foehner, klagt die Anklage, daß er schon einen Tag vorher von dem Rittmeister Müller. Ebenso habe der Oberamtmann bei der Polizeidirektion München Wilhelm Fried sich vorher schon bereit erklärt, für den Fall einer völligen Erhebung den Folgen eines Parteiausstieges in München anzunehmen. Auch habe er von den für den Abend des 8. November geplanten Ereignissen Kenntnis haben müssen — Von Dr. Friedrich Weber ist die Anklage, daß er die Durchführung des Unternehmens vom 8. November erst ermöglichte, indem er als politischer Führer des Landes „Oberland“ das Gewicht dieses Bundes zusammen mit dem Unternehmern in die Waagschale warf — Hauptmann a. D. Ernst Köhm würde schon am 7. November von dem geplanten Unternehmen und war derjenige, der das Wehrdienstkommando im Auftrage der neuen Machtergreifer befehligte. — Oberleutnant d. R. Wilhelm Schuler veranlaßte die Mobilisierung des nationalsozialistischen Regiments, Leutnant Turner die Alarmierung der Infanteriekompanie zur Aufgabe des Unternehmens. Oberleutnant Erichel war der militärische Führer des Kampfverbandes, ließ die Festung ausfahren usw. und Oberleutnant a. D. Bernert (der Stiefsohn Ludendorffs) war als Verbindungs-Offizier zwischen den einzelnen Verbänden und Befehlshaltern vor und während des Unternehmens tätig.

Die Anklageschrift ist schließlich fest, daß die Bestandparteien, selbst auf bewaffnete Macht, im bewußten Zusammenwirken es unternommen haben, die bürgerliche Regierung und die Reichsregierung gewalttätig zu beseitigen, die Verfassung des Reichs und Bayerns gewalttätig zu ändern und eine verfassungswidrige Regierungsgewalt in Bayern und im Reich aufzurichten und daher die sämtlichen Angeklagten des Hauptvertrags zu beschuldigen seien.

Unnötig sind auch die technischen Vorbereitungen in der Infanterieschule, in der der Ludendorff-Prozess am Dienstag begonnen hat, nicht zu erwähnen. Die Angeklagten, soweit sie in dem Lande, wurden bereits in das Gebäude überführt. Außer Koch befinden sich bekanntlich Ludendorff, Foehner, Wagner und Bernert. Von dem in der Infanterieschule untergebrachten sechs Angeklagten hat jeder ein Gespräch, das ihm während der ganzen Dauer des Prozesses als Untergrund dient, jedoch die aus verschiedenen Gründen nicht unbefriedigenden Transporte vom Untersuchungsgefängnis zum Gerichtshaus in Bezug genommen. Der Verhandlungssaal wird im Rechte 12:16 m und ist zum Aufnahm von rund 200 Personen hergerichtet: 8 Richterstühle, 10 Anklage, 11 Verteidiger, 12 Verhandlungsmannschaften, 50 Reusentische, 60 Journalisten und 50 Zuhörer. Die Anforderungen nach Dr. Bekarten haben sich in den beiden letzten Tagen noch außerordentlich vermehrt. Die Zahl von 300 ist überschritten. Dabei haben sich mehr ausländische als deutsche Zeitungen gemeldet. Unter den ausländischen Ausländern befinden sich keine Frauen. Solche haben sich in den letzten Tagen wohl noch gemeldet, konnten aber nicht mehr berücksichtigt werden. Die Verhandlungzeit ist festgesetzt täglich von 1/9 bis 1/21 Uhr und von 3 bis 6 Uhr.

Verbot des „Deutschen Herold“.

Durch Verordnung des Oberbefehlshabers ist am letzten Sonntagabend der „Deutsche Herold“, eine Organisation, die an die Stelle der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ getreten war, verboten worden. Es war bekannt geworden, daß der „Deutsche Herold“ am Sonntag und Montag in Berlin Versammlungen abgehalten wollte und daß besonders am Montag im Kriegervereinshaus eine große Jugendkundgebung stattfinden sollte. Der Oberbefehlshaber hat deshalb sämtliche Kundgebungen verboten und durch Beamte der Abteilung IA die Bureaus in der Dessauer Straße verriegeln lassen. Die Betroffenen haben gegen die Anordnung des Oberbefehlshabers Beschwerde erhoben.

Roske t.

SPD, Breslau, 25. Febr. (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende des Reichslandbundes, Reichstagsabg. Roske-Goersdorf ist am Montagvormittag auf einer Reise zur Tagung des Reichslandbundes einem Schlaganfall erlegen.

Dr. Roske ist in den letzten Jahren hauptsächlich als Führer des Reichslandbundes hervorgetreten. Bei seiner konservativen Einstellung kann man ihm nicht abrechnen, daß er unter den Deutschnationalen einer von den wenigen war, die menschen bemüht waren, die Entwicklung in der Nachkriegszeit objektiv zu betrachten und entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Die Politik der Schwerindustrie. Was die deutsche wollte, / Was die französische tat.

Paris, 23. Februar.

Das Ministerium des Aeußern hat gestern einen umfangreichen Satz veröffentlicht, der von der unerbittlichen Lage des Krieges Zeugnis ablegen soll, mit der Deutschland sich im Geleite gegenüber hat. Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiet zugunsten zu richten. Dies Werk, so heißt es in dem vom Amt d'Arauc beigefügten Begleit-schreiben, stelle zugleich eine Antwort auf die Erklärung Ludendorffs an den Vertreter der „Göteborgs Tidning“ im Jahre 1922 dar, wonach alle Zerlegungen in Konkurrenz nur aus militärischen Gründen er-

folgt seien. Das Werk sei nichts anderes als die wörtliche Uebersetzung einer im Jahre 1916 in Lille auf Befehl des Großen Hauptquartiers von 200 deutschen Industriellen ausgearbeiteten Denkschrift mit dem Titel „Die Industrie im besetzten Frankreich“. Diese Schrift ist nur in wenigen Exemplaren streng vertraulich gedruckt worden, und nur durch Zufall sei während des letzten Rückzuges ein Exemplar in die Hände der französischen Behörden gefallen. Jeder französische Industriezweig sei darin Gegenstand einer genauen Untersuchung mit Beschreibung der ermittelten Schäden und einer Aufstellung der Gewinne, die dem entsprechenden deutschen Industriezweig durch die Zerstörung des französischen möglicherweise zufließen könnte. Aus dem Buch geht deutlich hervor, daß das deutsche Heer einen Schwereinsatz darstellte, hinter dem eine Plünderung und Vernichtung der Wirtschaft eines gefährlichen wirtschaftlichen Gegners vor sich gehen konnte. Der Wirtschaftskrieg sei die Hauptsache gewesen und habe die militärischen Operationen bedingt. Die Zerstörung dieses Buches, so heißt das amtliche Begleit-schreiben, stelle eine juchbare Anlage gegen seine Verfasser dar und erbringe den Beweis dafür, daß sich Deutschland den Norden Frankreichs einverleiben wollte, um der Industrie Englands stärkere Konkurrenz machen zu können.

Wenn die vom französischen Ministerium des Aeußern veröffentlichte vertrauliche Denkschrift der deutschen Industriellen echt ist, würde ihr Inhalt nur die im deutschen Volks weitverbreitete Anschauung bestätigen, daß die deutschen Industriellen unter Führung der Schwerindustriellen, im Bunde mit Ludendorff eine unheilvolle Politik betrieben haben, die in hohem Maße den Zusammenbruch Deutschlands förderte. Die bekannten an Frankreich gerichteten deutschen Wirtschaftsanträge während des Krieges beweisen sich alle in ähnlichen Gedankengängen, wie die jetzt veröffentlichte Denkschrift. Insofern ist ihr Inhalt weder neu noch besonders überraschend. Für die französische Regierung bietet allerdings diese Denkschrift billiges Agitationsmaterial, um die unverfehlige Politik Frankreichs und vor allen Dingen die Ruhrpolitik zu rechtfertigen. Es ist indes zu hoffen, daß das französische Volk sich durch derartige Agitationsmethoden nicht verwirren lassen wird, nachdem die Haltung der französischen Schwerindustriellen vor und während der Ruhrbesetzung den Beweis erbracht hat, daß die französischen Schwerindustriellen um keinen Deut besser sind als ihre deutschen Konkurrenten. Diese Feststellung mindert die Schuld der Schwerindustrie vor dem deutschen Volk nicht, sie ist vielmehr geeignet, die Erkenntnis zu fördern, daß der gemeinsame internationalen Kampf der ausgebeuteten Volksschichten gegen die Kapitalgewaltigen allein den Weg weist, um aus dem jetzigen Elend herauszukommen.

Stresemanns Erbenbauern. Ueble Wirkung der Hederei.

Paris, 24. Februar. (Eig. Drahtb.)

Herr Stresemann hat in seiner bekannten Rede eine Ungleichheit begangen, die gerade im gegenwärtigen Augenblick der deutschen Politik im höchsten Maße verhängnisvoll werden kann. Er hat der nationalen Presse in Frankreich ein neues Argument für die der gegenwärtigen Regierung in Deutschland zugeschriebenen militaristischen und imperialistischen Absichten geliefert, das propagandistisch ausbeutet wird. Selbst in den gemäßigten Organen, wo man ehrlich nach einem deutsch-französischen Ausgleich strebt, findet die Dresdener Rede Kommentare, die keinen Zweifel daran lassen, daß Stresemanns Ausführungen über doch der Bericht über sie a Herhand Scherben verursacht haben. „Nur eine solche Rede wie die vorgelesene“, schreibt „L'Innovation“, „und der Tod der großen Mitterten wird sich erneut zusammenschließen müssen, um den Frieden in Europa sicherzustellen. Zweifellos würden die Neuerungen Stresemanns auch in England und Amerika gewisse Zustimmung erduldet zu werden. In dem Augenblick, da die Sachverständigen sich über ein Projekt zur wirtschaftlichen und finanziellen Sanierung Deutschlands zu einigen im Begriff seien, mache Herr Stresemann erneut die Richter für die Lösung des Versailler Vertrages zum Programm der deutschen Politik“ — „D'Europe“ meint, der deutsche Außenminister habe Del in ein Feuer gefallen, das die ganze Welt zu löschen bemüht sei. Seine Rede erwecke den Eindruck, als habe er im voraus die Bemühungen der Sachverständigen um eine Lösung des Reparationsproblems sabotieren wollen. — Der sozialistische „Populaire“ betrachtet die Dinge mit größerer Objektivität. Er sieht in Stresemanns Ausführungen allerdings auch eine Konzession an das Alldeutschtum, das seinerseits jedoch eine Folge der reaktionären Politik sowohl in Paris wie in Berlin sei. Bis zur Ruhrbesetzung habe in Deutschland die Regierung in Händen der Parteien gelegen, die die Konsolidierung der Republik und die Verständigung mit Frankreich zum Ziele hatten. Seit der Ruhrbesetzung regiere General von Seeckt. Für diese Entwicklung trage in erster Linie der nationale Blöck in Frankreich die Verantwortung.

Die französischen Rammertwahlen im April.

SPD, Paris, 25. Febr. (Eig. Drahtb.)

Ein Morgenblatt will wissen, daß die französische Regierung beabsichtigt, die Neuwahlen zur Kammer, für die als Termin bisher Ende Mai vorgesehen war, bereits am ersten Sonntag im April stattfinden zu lassen. Eine Bestätigung dieser Information war bisher nicht zu erlangen. Sie ist schon deshalb wenig wahrscheinlich, weil diese Früh'erlegung des Wahltermins zur Voraussetzung hätte, daß die beiden Kammern des französischen Parlaments spätestens Ende März verabschiedet werden könnten. Das aber wird wohl kaum der Fall sein, nachdem, von allen anderen unerledigten gesetzgeberischen Arbeiten abgesehen, der Senat sich kaum dazu herbeilassen wird, die finanziellen Reformvorlagen, mit deren Diskussion die Kammer sich bisher viel Zeit genommen hat, in wenigen Tagen durchzuspeitigen.

Ende des englischen Dockarbeiterstreiks.

SPD, London, 25. Febr. (Eig. Drahtb.)

Der Dockarbeiterstreik ist endgültig beendet. Die Konferenz der Arbeiterdelegierten hat am Montag beschlossen, das Angebot der Unternehmer auf eine Lohnerhöhung von einem Schilling täglich sofort und einen weiteren Schilling täglich ab 1. Juni anzunehmen. Die volle Wiederaufnahme der Arbeit wird jedoch erst Mittwoch möglich sein, wenn die Delegierten der Konferenz in ihre Distrikte zurückgekehrt sind.

Englischer Kredit an Rußland?

In seiner Rede vor dem Unterhaus teilte Macdonald mit, daß wichtige Verhandlungen zwischen einem großen Kredit an Rußland schweben. Moskau habe die Anerkennung der russischen Schulden versprochen. Der Kredit an Rußland werde bis 40 Millionen Pfund Sterling betragen und sofort gegeben werden, sobald die Regierung in Moskau ausreichende Garantien für ihre Bereitwilligkeit gegeben hat, die alten Schulden Rußlands anzuerkennen. Eine Moskauer Delegation mit den entsprechenden Vollmachten hierfür wird bereits Mitte März erwartet.

Aufwertung.

Sozialdemokratie und dritte Steuerreform.

Durch die mit dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes, dem Erlaß von einigen Dutzenden Verordnungen und dem Wiederzusammentritt des Reichstages geschaffene politische Lage ist die Förderung des Inhalts der Dritten Steuerreformordnung zu kurz gekommen. Kaum eines der zahlreichen Gesetze der letzten Jahre enthält so ungeheuer einschneidende Bestimmungen wie diese Verordnung. Sie greift nicht nur in jedes Gebiet der Steuer- und Finanzgesetzgebung ein, sondern ist auch der seit langem bedeutsamste Eingriff in das Wirtschaftsleben und ist entscheidend für die soziale Struktur Deutschlands.

Die Grundlage der Verordnung bildet die Regelung der Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldern von Geldforderungen durch die sogenannte Aufwertung. Durch den furchtbaren Entwertungsprozess der Mark, der die privaten und öffentlichen Schulden, die Anfang 1918 noch einen Wert von etwa 200 Milliarden Goldmark hatten, auf etwa 20 Goldpfennige entwertet hat, ist die größte ökonomische und soziale Revolution der Geschichte hervorgerufen worden. Die Hauptursache dieser mit unbekanntem Glanz der Mittelschichten und des Proletariats bei gleichzeitiger Verelendung einer kleinen Zahl von Sachwertbesitzern verbundenen Entwicklung ist die Inflation. Jahrelang vermehrte der Staat bei sinkender Gütererzeugung die papierne Zahlungsmittel und deckte damit seine Ausgaben, anstatt die Mittel durch Steuern zu erheben. Besitzbesteuerung aber gesteuert die reichen „Patrioten“ und die bürgerlichen Parteien nicht. Diese Verweigerung der Steuerleistungen brachte dem Besitz doppelten Vorteil. Sie befreite ihn nicht nur von den öffentlichen Lasten, die in allen anderen Ländern getragen werden müßten, sondern führte auch zu ungeheurer Verelendung bei gleichzeitiger unbekanntbar Vermarmung aller übrigen Bevölkerungsschichten. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß diese Wirkung von Anfang an als Ziel konsequent verfolgt wurde, so enthält doch die Entwicklung der letzten Jahre der deutschen Politik überaus zahlreiche Beweise dafür, daß jede Bekämpfung der Inflation so lange auf den erbittertsten Widerstand der Stinnes, Helfferich und Hagenstein stieß, so lange der Sachbesitz von der Entwertung der Mark profitierte und das Volk verarmte. Erst als die Inflation sich in wilden Sprüngen überschlug, als Löhne, Gehälter und Renten wertbeständig gemacht wurden, die Abwertung der Lasten durch die Inflationsbesteuerung nicht mehr möglich war, Handel, Banken, Landwirtschaft und Industrie die Lasten der Inflation mittragen mußten und die Gefahr des völligen Wirtschaftskollapses deutlich erkennbar war, da wurden die Versuche zur Währungsstabilisierung begonnen, die die Sozialdemokratie viele Jahre hindurch vergeblich verlangt hat. Wenn also die Besitzer von Hypotheken, von Pfandbriefen, von öffentlichen Anleihen, von Sparkassenguthaben und Lebensversicherungsansprüchen um ihre teuer erwarbten Vermögensanlagen gebracht worden sind, so verdienen sie das in der Hauptsache denjenigen, die Förderer und Nutznießer der Inflation waren und sich jeder aktiven Währungs- und Wirtschaftspolitik zu ihrer Bekämpfung widersetzen.

Durch die im November 1923 endlich erreichte Stabilisierung, für die die Grundlagen der sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding gelegt hat, ist die Regelung der Aufwertungsfrage plötzlich akut geworden. Es war deshalb begreiflich, daß die Opfer der Inflation, deren Vermögensanlagen entwertet waren, auf eine Regelung drängten, die ihnen Sicherheit verschaffe, ob und in welcher Höhe sie auf Wiederstattung ihrer Guthaben zu rechnen hätten. Weniger verständlich ist es schon, daß diejenigen, die noch in der Mitte des vergangenen Jahres jede Aufwertung auf das schärfste bekämpften, nun plötzlich ebenso heftige Anhänger der Aufwertung wurden. Der ehemalige Justizminister der Deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, hat durch seine scharfe Ablehnung jeder Möglichkeit der Aufwertung Mitte 1923 ebensowie zur Schädigung der Hypotheken- und Sparkassengläubiger beigetragen wie Helfferich durch seine verderbliche Finanzpolitik. Wenn deshalb jetzt die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen „Mitleid mit den armen

Opfern der Inflation“ bekunden, so ist dabei eine sehr erhebliche Portion Heuchelei und Demagogie.

Die ungeheure ökonomische und soziale Revolution, die durch die Geldentwertung hervorgerufen worden ist, ist durch keinen staatlichen Eingriff ungeheurer zu machen. Das Wirtschaftsleben eines modernen, in die Weltwirtschaft verflochtenen Industriestaates ist so vielfältig, daß eine in fast zehn Jahren vollzogene Entwicklung bereits zu solchen Veränderungen und Verschiebungen geführt hat, daß aus Unrecht Recht zu machen ein vergebliches Beginnen ist.

Wie soll der jahrelange Raub an dem Arbeitseinkommen wieder gutgemacht werden? Wie soll derer gebahrt werden, die durch die Not gezwungen, sich bereits haben abfinden lassen? Und umgekehrt, wie sollen die Schuldner behandelt werden, bei denen der durch die Entwertung ihrer Schulden erzielte Vermögensgewinn nicht mehr vorhanden ist? In eine allgemeine Rückwärtsentwicklung der Inflation ist also auf dem Wege des zwingenden Eingriffs des Staates nicht zu denken, will man nicht neues Unrecht schaffen und vor allem große Gefahren für die Wirtschaftsentwicklung hervorrufen.

Angeht es dieser Sachlage erscheint es als für die Gesamtheit des deutschen Volkes viel wichtiger, der Zukunft zu gedenken und einer neuen Entwertung der Währung vorzubeugen. Noch sind nicht alle Gefahren für die Stabilität der Währung beseitigt. Solange nicht unbedingte Sicherheit besteht, daß Reich, Länder und Gemeinden ihren gesamten Bedarf durch Steuern decken können und zu ungehobenen Finanzierungsmaßnahmen nicht mehr zurückgreifen brauchen, kann von einer Stabilität unserer Währung nicht gesprochen werden. Die Währung aber wird sich um so leichter sichern lassen, je schneller und je umfassender das darniederliegende Wirtschaftsleben wieder in Gang kommt, die Kurzarbeit vermindert, die Erwerbslosen beschäftigt werden, und Industrie, Handel und Landwirtschaft ihre durch die Inflationsperiode verlorenen Leistungsfähigkeit voll ausnutzen können. Davon hängt das Schicksal des ganzen deutschen Volkes ab. Nicht nur die Erwerbslosen, auch alle Beschäftigten, alle Unternehmer und nicht zuletzt auch die Besitzer von entwerteten Vermögensanlagen haben das stärkste Interesse daran, daß das deutsche Wirtschaftsleben zum Aufblühen kommt, neues Einkommen und Vermögen geschaffen wird, die Lebenshaltung des ganzen Volkes steigt.

Deshalb hat die Sozialdemokratie sich in ihrer Haltung zur Aufwertungsfrage immer in erster Linie davon leiten lassen, daß die Stabilität der Währung gesichert und das Aufblühen der deutschen Wirtschaft gefördert wird. Sie trat ein für eine allgemeine Aufwertung zugunsten der Allgemeinheit und der Inflationsgeschädigten. Nur dadurch, daß die Entwertungsgewinne in größtem Umfang für die Allgemeinheit erfaßt

werden, läßt sich die Wahrung mit einer Gerechtigkeit realisieren. Das würde auch die Möglichkeit bieten, in absehbarer Zeit die schwere steuerliche Belastung, die auf dem Arbeitseinkommen, dem Verkauf und der Produktion ruht, zu mildern. Und sie hätte vor allen Dingen dem Reich, den Ländern und Gemeinden die Möglichkeit gegeben, für diejenigen ausreichend zu sorgen, die unter der Inflation und dem Niederkraft der deutschen Wirtschaft am meisten leiden. Die Kapitalrentner, die Altersrentner, die Sozialrentner, die Erwerbslosen und die mit Hungerlöhnen abgelohten öffentlichen Bediensteten hätten ausreichende Renten und Bezüge erhalten können.

Für eine solche Lösung aber waren die bürgerlichen Parteien nicht zu haben. Ihr Ziel war neben dem Schutz der großen Inflationsgewinner die Aufwertung der Ansprüche seiner Gruppen von leistungsfähigen Gläubigern. Nicht um die Wiederherstellung von Recht kämpften sie, sondern um die Stabilisierung des gewaltigen Unrechts, durch das die Leistungswächsten am allermeisten geschädigt worden waren, die Sachwertbesitzer aber sich bereichert hatten. Daher kam unter ihrem Drängen jener Entwurf der dritten Steuerreformordnung zustande, der eine Aufwertung nur für noch nicht zurückgezahlte Hypotheken vorsah, bereits zurückgezahlte Ansprüche aber völlig ausschloß, Sparkassenguthaben, Lebensversicherungsansprüche, Kriessparrentner usw. auf eine allzuerst ungewisse Zukunft verwarf.

Unter diesen Umständen war es die hohe sittliche und politische Pflicht der Sozialdemokratie, sich besonders der Schwächsten und den Schwachen anzunehmen. Durch den mehrmaligen Antritt des Reichsfinanzministers Dr. Luther, der nach und nach alle von ihm für richtig erkannten Vorschläge über Bord warf, war eine allgemeine Aufwertung zugunsten der Allgemeinheit und der Inflationsgeschädigten nicht zu erwarten. In Konsequenz der letzten Vorlage der Reichsregierung verlor die Sozialdemokratie daher, das Unrecht, das gegenüber den Spargläubigern, den Lebensversicherungsansprüchen, den bereits zurückgezahlten Hypotheken und gegenüber den öffentlichen Anleihen verübt wurde, zu beseitigen oder zu mildern. Begründlich der zurückgezählten Hypotheken ist die Sozialdemokratie infolge der Haltung der bürgerlichen Parteien und der Reichsregierung erfolglos geblieben. Die Verbesserung der Vorlage der Reichsregierung bezüglich der Sparkassenguthaben und der Lebensversicherungsansprüche aber ist in erster Linie auf den Willen der Sozialdemokratie zurückzuführen. Darüber und über die sonstigen Einzelheiten der Regelung der Aufwertungsfrage werden wir noch gelegentlich sprechen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freieigentum und Heilung Hermann Bauer; für Freieigentum Heinrich Steinberg; Redakteur: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Devisenkurse.

Ämliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		26. Februar	27. Februar.
		in Millionen	in Mark
Amsterdam	1 Fl.	1571 068	1571 068
Buenos Aires	1 Peso	1446 876	1446 425
Brüssel (Antwerp)	1 Fr.	161 595	167 605
Kristiania	1 Kr.	552 615	552 615
Kopenhagen	1 Kr.	666 330	666 330
Stockholm	1 Kr.	1097 250	1097 250
Helsingfors	1 Finn. Mk.	105 735	105 735
Rom	1 Lire	183 540	181 545
London	1 £	18 104 625	18 104 625
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	185 536	179 550
Zürich	1 Frs.	728 175	728 175
Madrid	1 Peseta	532 665	532 665
Portugal	1 Escudo	144 687	144 687
Japan	1 Yen	1895 250	1895 250
Rio de Janeiro	1 Milreis	498 750	498 750
Wien	1 Kr.	62 842	62 842
Prag	1 Kr.	122 193	122 193
Jugoslawien	1 Dinar	54 862	54 862
Budapest	1 Kr.	104 737	114 712
Bulgarien	1 Lewa	32 917	32 917

Die letzte Grünwetttersbach.

Roman von Oswald Bergener.

8. Fortsetzung.

„Wart! nur, es kommt noch. Ich denke jetzt eine Gedankenleuchte durch, die du nicht sehen darfst. Denn es ist ein Geheimnis. Aber am Schluss tauche ich dir der Letzte auf, und dann sollst du mir helfen, ein neues Glück daran schmieden.“
„Machen wir, machen wir!“ antwortete er, die Enttäuschung verschluckend, mit Feuerzeiger, „ich steck' mir derweil einen Tabak an, bist du mit dem Kettenende auftaucht.“
Sprach's, griff zu seiner Zigarettenschale, reichete auch ihr davon, und während er ihr das brennende Strohholz an die Zigarette hielt, versank sie bereits in ihr Geheimnis und verstand sich damit hinter blauen Rauchwölkchen, blieb aber noch immer im Schleier des Schweigens, als sie den Pappros, weil er ihr nicht mundete, längst weggeworfen hatte.
Die bunte Welt ihrer Kindheit flog in glänzenden melancholischen Bildern an ihrer Seele vorüber. Immer guckten aus der Flucht dieser Bilder dieselben weißen, braunen, fast schwarzmerlich großen Muttersaugen — dieselben Augen, mit denen jener fonderbare Fremde ihr mit so durchdringender Witzgeierde begegnete und gefolgt war, nur daß sie kleiner und schärfer erschienen, nur daß, was bei der Mutter wie ein Traum der Sehnsucht schloß, sich bei ihm in durchbohrendes Suchen veranderte.
Die Augen der Mutter, sie übten selbst auf das Kleinstadt-völkchen ihren Zauber, wenn sie auf der Bühne erschienen, wenn sie in ihrem feinen Liebreiz die glückliche, junge Schloß...
Und der Vater? Wenn er als reicher Lebemann fürstlich auf die Bühne trat, sich strahlend als General rechte, als Wallenstein mit den Sternen spielte, als Richard III. ins Riesenschloß...
Aus Gesprächen der Eltern, die sie mit ihrem jungen, hellen Verstande angesehen und ungewollt belauschte, war ihr aus grauer Morgendämmerung allmählich die immer bestimmtere Vorstellung in die Seele getreten, daß die Mutter aus einem Hause von gutem, alten Adel stamme, daß sie wieder den Willen ihrer Ansehenshöflichen zur Bühne gegangen und selber mit den Ihrigen völlig zerfallen sei.
In einer Stunde guter Laune erzählte ihr der Vater einmal mit vergnüglichem Stolz über seinen Aufstieg auf der Bahn des Lebens und der Kunst, daß er als junger Burck Ausrufer eines

kleinen Wanderzirkus gewesen, manchmal auch herumziehende Menagerien, Rielandamen, Seiltänzer oder Hundetheater auf den Jahrmärkten ausgeführt habe; die blaue Tätowierung auf seinem Unterarm trage er als Wahrzeichen seiner Zukunft, als unverlöschliches Zeugnis der Götterdämmerung keines Künstlerberufes mit sich bis einst ins Grab.
Nur halb ahnend sah Wiltrud hinter der blauen Tätowierung das Geheimnis der Tragödie ihrer Eltern, — den aus der dunkelsten Tiefe nach oben Drängenenden, der sich als jung, vorwärtsstürmender Schauspieler an das allzu theaterbegeisterte schöne adelige Fräulein klammerte, um sich an ihr ins Licht hinaufzurufen, der sie aber mit sich hinterzog in die staubige Landstraße fahrenden Romandiantentums.
Doch ihr frühes, besessenenartiges, hochfliegendes Herz wirbelte über solche grünlichen Erkenntnis immer wieder hinauf in die Leuchtluft seiner blauen Phantasiewelt. Könnte sie nicht jeden Augenblick sich in einen Gestalt verwandeln, welche sie wünschte? Die Kindessehnsucht der ganzen Menschheit war ihr damit erfüllt; was wollte sie mehr? Gleich dem Vater und der Mutter schied sie sich an, die Breiter zu erabern, die die Welt bedeuten, die im Meer der rauhen Wirklichkeit freilich oft nur ein bescheidenes Ansehen sind, auf dem die hochfliegende Phantasie einen erbitterten Kampf mit Not und Dummheit kämpft.
So schwermütige Weisheit müßte sich mehr als einmal in die Scham der Mutter, wenn der Vater nicht zugegen war und die Einsame mit der Verachtung rang, sich mit dem einzigen Kinde ihres Herzens und ihrer verhängnisvollen Liebe ganz zu öffnen.
In so stiller vertrauter Stunde entschloß sie sich auch einmal der so lange in Schweigen verschollene Name ihres Elternhauses.
Wiltrud tauchte mit dem Ende ihrer beträchtlich langen Gedankenleuchte, die für die Geduld des Schicksalstrahlers schon über alles nach hinausgemacht war, zu keiner freudigen Ueberraschung plötzlich aus den Abgründen des Schweigens und des Grübelns auf.
Von ihren springhaft sich jagenden Erinnerungen kehrte sie wieder zum gegenwärtigen Ausgangspunkt zurück und sprach:
„Wart du nicht schon einmal am Kurtheater in Wildbad?“
„Wohl, wohl! Einen ganzen Sommer lang.“
„Gelt, da gibst auch einen Freireiter von Grünwetttersbach, der in einem schönen großen Hause wohnt?“
„Wart — Grünwetttersbach? Gewiß, besinne dich, den gibst's. Bekannter Name da.“
„Sollt' ihn aber wohl nie gesehen oder gekannt?“
„Dah ich nicht wüßte. Was willst denn damit?“
„Wart's ab. Kennst du Schweigen?“
„In jeder Sprache.“
„Nach keine Wike. Schwöre mir, daß du Schweigen willst.“
„Das kannst du nicht von mir verlangen.“
„Oh! Warum nicht?“
„Ich werd' doch wohl hin und wieder mal reden dürfen, vor allen Dingen, wenn du mit deiner Wichtigkeit so zum Rasenden werden nicht vor mir sitzt.“
„Du! Arzig! Ich meine doch natürlich nicht, daß du überhaupt Schweigen sollst.“
„Ach! Wo!“

„Schweig — und Schwöre mir, daß du mein Geheimnis, daß ich dir anvertrauen beschlossen habe, niemandem verraten wirst, auch nicht meinem Vater und meiner Mutter.“
„Das klingt ja schauerlich. Wo — ich schwöre!“
Und er hob zwei Finger der rechten Hand.
Sie überlegte sich ernsthaft, daß es die richtigen Finger waren. Darauf nickte sie bekräftigt.
„Gut! Jetzt gib acht. Du hast gesehen, wie mich der fremde Herr verfolgt und gemustert hat, als ob er mich kennt. Nach kein so böses Gesicht — und unterbrich mich nicht. Ich glaube an Schindungen. Die Begegnung hat einen geheimnisvollen Sinn. Ich ahne, wer er ist — wie er zu ahnen sieht, wer ich bin. Ich will dich nicht tiefer sehen lassen, denn das geht dich nichts an. Aber ich fühle, daß hier eine Erscheinung meinen Weg gekreuzt hat, der ich auf den Grund gehen soll und muß, weil sich darum das ganze Lebensgeschick meiner Mutter bewegt.“
Das letzte Sprach sie mit einer so warm aufwallenden Bewegung, daß er errannt und erschüttert zu ihr aufblickte.
„Meine Mutter ist verwandt mit dem Freireiter von Grünwetttersbach in Wildbad“, fuhr sie mit einem Ernst fort, in dem es von innerer Erregung bebete wie feines Sonnenlitten in dunkler Nachtzeit, „und wenn mich die letzte Familienähnlichkeit nicht täuscht und mein Anschauungsvermögen nicht irre führt, war er es selbst, der heute meinen Weg gekreuzt hat. Das betrachte ich darum wie einen geheimen Ruf an mich, die zerrissene Verbindung zwischen meiner Mutter und ihrer Familie wieder anzuknüpfen. Aber wie? Wenn ich nun getadewegs nach Wildbad führe —“
Hier unterbrach er sie bekräftigt.
„Bist du toll? Das darfst du nicht. Ich habe dich heute Abend bei deinen Eltern pflichtgemäß mit Kopf und Kragen wieder abzuliefern.“
„Du könntest ihnen statt meiner ein Briefchen von mir übergeben.“
„Ausgeschlossen! Schon weil ich dich nicht allein ins Abenteuer rennen siehe — und weil du nach Hause mußt, willst du nicht deine Mutter in Todesstufen verlassen.“
„Wenn sie hört, was ich tue, wird sie mich nur segnen“, antwortete sie mit heimlicher Bewegung, und es glänzte feucht in ihren jenen, schönen, troben Augen.
Er schüttelte bedenklich und unzufrieden den Kopf.
„Das ist wieder einer von deinen unbedenklichen Einfällen.“
„Erlaube, unbedenklich?“
„Ja, das bist du, und solche Einfälle hast du. Ich will nicht von deiner eigenen bescheidenen Persönlichkeit sprechen, die du heut schon weiblich mit überraschenden Wendungen verblüfft hast.“
„Da guck der Hase aus dem Korb!“, lachte sie lachend: „Meiben wir bei der Sache. Wenn du mich unbedenklich schickst, so sollst du jetzt sehen, daß ich tue, was ich einmal gesagt habe.“
„Mit anderen Worten: nun erst recht! Siehst du, das ist nur die nächsthöhere Stufe der Unbedenklichkeit, nämlich der unbedenklichen Elgenheit.“
(Fortsetzung folgt.)

Keine Not mehr!
 Jeder erhält bei mir auf bequeme
Teilzahlung
 Bettwäsche Hemdentuche
 Handtücher Tischtücher
 Herren-Wäsche D.-Wäsche
 Teppiche Gardinen
 Stoffe für Herren und Damen
 Herren- u. Knaben-Anzüge
 in feinsten Verarbeitung
 und besten Qualitäten. (12618)
H. KESTEN
 Holstenstr. 171 Lübeck Telefon 6209

Billig! Billig!
Marktallenstand 9.
 Die beliebtesten (12628)
 dänischen Schweinstöpfe sind wieder
 eingetroffen
 33 g, solenne Portat reich, Verkauf täglich.
Martin Nehlsen.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsbücher
Quittungsbücher
Kuverts
Klebekarten
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
 zu haben in der (8762)
Buchhandlung
Lübecker Volksbote.

Beitragsmarken
 für Vereine und
 Gewerkschaften
 fertigen und liefert prompt, preis-
 wert und in jeder Ausföhrung
Buchdruckerei Seidel, Meber & Co

Lotterie
 Hersten, ob. Hög. 1
 (12611)
Loße
 1. Kl. Preuß. Staatslotterie
 Ziehung am 7. März.
 3-6-12-24-
Zierhaare
 (bei Schweinehaare
 laufen höchstehend)
Gebr. Wagner
 Telefon 8114 (12611)
 Dannewegstraße 26
 Seitenstraße 8.

Urban
 Schuhputz "Urban" überall zu beziehen!
 Hersteller: Urban & Lemm, Saar-Ottenburg.
 Vertreter: J. Busckemann Lübeck, Hansastr. 23.

Witt's Backpulver
 darf in keinem Haushalt fehlen.
 Es ist von ganz hervorragender
 Qualität und überzeugen Sie sich
 bitte selbst durch einen Versuch
 von der Güte desselben. 12446

Visitenkarten
 werden angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

23. Preussische
Klassen-Lotterie
 300 000 Lose, 10200 Gewinne,
 — 1 Prämie 5 Klassen. —
Ziehung 1. Klasse bereits am 7. März.
 Größter Gewinn evtl. 1 000 000 RM.
 2x 500 000 RM. = 1 000 000 RM.
 1x 300 000 RM. = 300 000 RM.
 1x 200 000 RM. = 200 000 RM.
 1x 150 000 RM. = 150 000 RM.
 6x 100 000 RM. = 600 000 RM.
 und viele andere große Geldgewinne!
 1/4 Los 1/2 Los 3/4 Los 1/2 Los
 24 R.-M. 12 R.-M. 6 R.-M. 3 R.-M.
 für jede Klasse. (12450)
 Auswärtige Besteller zahlen für Porto und
 Liste 50 Pfg. extra. Zusendung auch unter
 Nachnahme. Zahlungen auf Postcheck-
 konto: Hamburg 40 554 erbeten.
 Lose in großer Anzahl auswahl, auch
 für Vertreterclubs, empfiehlt die Glückseligkeit
Hermann Kersten, Lübeck
 Obere Hügelstraße 8.
 (Bitte Straße nicht zu verwechseln).

Deutscher
Metallarbeiter-
Verband
 Verwaltungsstelle Lübeck.
Arbeitsgemeinschaft.
 (12629)
Versammlung
 am Mittwoch, d. 27. Febr.
 abends 7 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
Unsere Lohnbewegung.
 Jeder muß unbedingt
 kommen.
 Mitteilungsblätter sind
 vorzulegen.
 Die Ortsverwaltung.

Neuer Grund-
eigentümer-
Berein f. Süb.
 u. Umg. von
 1919 e. B.

General-Versammlung
 morgen Mittwoch,
 den 27. Februar
 abends 8 Uhr
Zentral-Hallen.
 Tagesordnung:
 1. Berichterstattung der Nieder-
 schrift.
 2. Mietzinshöhung am
 1. März d. Je.
 3. Jahres- und Kassen-
 bericht
 4. Neuwahl der ausge-
 lösten Vorstandsmit-
 glieder.
 5. Verschiedenes. (12619)
 Der Vorstand.

Café Bernhardt
 Fackenburg Allee 9.
 Täglich nachm. Konzert.
 12454 u. abds.: Konzert.

ZENTRAL
T H E A T E R
 Fernruf 1359 u. 8956. Johannisstraße 25.
 Ab Dienstag, 26. Februar:
Der langerwartete arabische Film
Der Scheik
 Ein Spiel der Romantik in 6 Akten.
 Die aus Reiseabenteuern verschiedener Schriftsteller
 bekannten Wüstenkämpfe der Araber unter sich und mit
 Europäern werden hier mit einer Echtheit vorgeführt,
 die uns mitten in die orientalische Welt und ihrem
 bezaubernden Nimbus perfekt. Wehende weiße Mäntel,
 rennende Araberhengste, Sandstürme in der Wüste,
 Sklavenmärkte, fruchtbare Oasen mit Karavanzügen,
 und mitten dazwischen der Scheik, der als Araber
 in der Wüste groß wurde und in England studierte.
 Die Spieler sind erste amerikanische Kräfte
 unter dem besten amerikanischen Regisseur Melford.
Im Netz verstrickt
 Detektivabenteuerfilm in 5 Akten.
 Auch dies ist ein amerikanisches Stück, das sich ebenfalls
 durch fesselnde Handlung und erstklassige Regie auszeichnet.
Der dritte
lustige Amerikaner!
FATTY
 in Fatty's Zauberrose
 Einzigartig
 ein erstklassiges Programm.
 Da großer Andrang zu erwar-
 ten ist, bitten wir möglichst die
 Nachmittagsvorstellungen zu be-
 suchen. (12605)

Wing u. Moritz-Bull
 am Freitag dem 29. Februar 1924 7 Uhr im gesamten
Wingfallan
 -Restaurant
 Vorverk. BUSE, Breitestr.
 Näheres siehe Plakate. (12631)

Der wahre Wert
 eines Seifenpulvers liegt in seiner
 sachgemäßen Zusammenlegung. —
 Seifenpulver und Seifenpulver ist
 ein großer Unterschied! Es liegt
 auf der Hand daß mindertwertige
 Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich
 sind.
Dirin
 Henkel's bestes Seifenpulver ist
 ein Seifenpulver von großer Er-
 gebigkeit u. hervorragender Wasch-
 wirkung. Seine Verwendung sichert
 sorgfältige Behandlung der Wäsche
 und
billiges Waschen

Gemeinnützige Siedlungs-Gesellschaft.
Versammlung
 Siedlungslustiger
 am Donnerstag, dem 28. Februar 1924,
 abends 7 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
 (12621) Der Vorstand.

Großer Ball
 am Sonnabend, dem 1. März,
 vom Personal des Ang. Krankenhauses
 im Gesellschaftshaus „Wiersdorf“.
 Kassenöffnung 8 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr.
 Es ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Kolosseum
 Morgen Mittwoch: 12600
Gr. Ball.
 Kassenöffn. 5 1/2 Uhr Joh. und R. Mittag.

Uhrenreparaturen
50% Ersparnis.
 Saub. Arbeit, 1 Jahr
 schriftliche Garantie
 Hermann Vol. Uhrmach.
Wahrnitzerstr. 3a,
 5. Burator. (12344)

Starke
Konditorei
Kaffeehaus
 Erstes Bestimmungsgeschäft
 am Platze!
 Geöffnet von 10 Uhr morgens
 — bis abends 12 Uhr!
 Ab 10 Uhr morgens: (12451)
Täglich frisches Gebäck.
 Große Auswahl in div. Torten,
 Wein, Tee und Kaffeegebäck!
 Crèmes, Eis, Eisspeisen, Halbgefrorenes
 und diverse Eisbecher.
Täglich: Fleischbrühe und Pasteten.
Konzert ab 4 Uhr nachmittags!

Restaurant
Wartehalle,
 Gr. Burgstraße 57.
 Auf vielseitigen Wunsch
 am Mittwoch, 27. Febr.
Groß-Schlachtfest
 nach schlesischer Art.
 Ab 6 Uhr: Wellfleisch,
 Wellwurst, Blutwurst.
 Abends: Gebr. Wurst
 Es ladet freundlichst ein
 (12629) Ernst Hielscher.

Deutscher
Baugewerks-
bund.
 (12617)
Mitgliederversammlung
 am Mittwoch, d. 27. Febr.
 abends 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 1. Bericht von der Ge-
 neralversammlung.
 2. Die Verbandskonferenz.
 3. Innere Verbandsan-
 gelegenheiten.
 Erscheinen unbedingt
 notwendig.
 Der Vorsta nd.

Hania-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Meine Braut
Deine Braut.
 Hauptrollen: Wolf,
 Bahl, Coarlier, Kotto,
 Wit, Gülland, Wagner,
 aer-Strating. (12625)
Stadttheater Lübeck.
 Mittwoch 7.30 Uhr:
Die Geisha. (12697)
 Donnerstag, 7.30 Uhr:
Mona Lisa.

Trocadero.
 Schüsselbud. 4. F. 787
 Täglich ab 5 Uhr
 nachmittags:
Stimmungs-
Konzerte.

Bas chm 21 Goldsfq. Lichtstrom khw 65, Kraft-
strom 30, Wasser chm 15/30, heizbare Räume mit
Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldsfq. (12607)

nicht zutrauen konnte. Durchsuchungen der Wohnungen förderten viel Beweismaterial für verschiedene Güterdiebstahle zutage. Wie festgestellt, sind die meisten Diebstahle anlässlich der Zollrevisionen im Schuppen der Handelskammer ausgeführt.

pb. Schafdiebstahle. Aus der Stallung der Erziehungsanstalt Ratenhof wurde ein Mutterlamm gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet. Ein weiteres, aber bereits geschlachtetes Schaaf wurde aus einer Gartenbude an der Schwartauer Allee gestohlen. Ferner sind aus einer Wohnung der Burgtor-Paraden während der Abwesenheit des Wohnungsinhabers ein fast neuer Anzug, ein blaues Damenkleid, ein brauner Kleiderrock und eine grüne Tritothembüchse gestohlen worden.

Anruf des Mecklenburg-Strelitzischen Papiergeldes. Der Reichsfinanzminister hat das auf Papiermarkt laudende Notgeld von Mecklenburg-Strelitz mit Wirkung vom 1. März aufgerufen. Die Einlösungsrückläufe sind einschließlich 31. März.

Vom Zentrum. Hier fand eine Tagung der Delegierten aus Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein und Lübeck statt. Man nahm zur Reichstagswahl Stellung und besprach auch die Wirtschaftslage. Der Landesverband Lübeck stellte einen Antrag, der reichsgerichtliche Maßnahmen gegen die Teuerung forderte. J. B. wirkte sich im Wirtschaftsleben der Preis für Beschäftigung darauf aus, daß er gut das Dreifache der Vorjahreszeit beträgt. Arbeiter, Angestellte und Beamte, deren Einkommen nur etwa die Hälfte der Friedensbezüge beträgt, seien nicht in der Lage, sich Bekleidungsstücke anzuschaffen; sie leiden die Zeit kommen, wo sie gänzlich nach dieser Richtung hin abgerufen sind. Die jetzt bei den Ländern bestehenden Preisprüfungsstellen und Wucherpolizei reichen nicht aus, um die Uppreisung zu verhindern. Es muß daher das Uebel bei der Wurzel angefaßt und Stellen gebildet werden, die die Preise des Einkaufs der Rohprodukte, der Fabrikation und endlich des Einzelhandels feststellen und regeln.

Die Lohnverhandlungen bei der Arbeitsgemeinschaft abermals gescheitert.

Schon seit länger Zeit bemühen sich die bei der Arbeitsgemeinschaft beschäftigten Leute eine zeitgemäße Erhöhung ihres Lohnes zu erreichen. Es handelt sich um Bauhilfsarbeiter, Bauklempner, Elektriker, Schmiede und Automobilhilfsarbeiter, also alles hochqualifizierte Arbeiter, die bis heute noch einen Stundenlohn von 25 bis 40 Pfg. beziehen. Der letztere Lohn wird nur an Geckeln über 24 Jahre gezahlt, ohne daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, denselben durch Akkordarbeit zu erhöhen.

Als letzterzeit kurz vor Weihnachten die Forderung gestellt wurde, den Lohn auf 50 Pfg. zu erhöhen, wurde erklärt, daß man zunächst einmal den Volkswirtschaft abwarten müsse. Falls dieser Vorschlag für den Senat ausreicht, würde auch die Wirtschaft wieder aufleben und demgemäß eine dementsprechende Erhöhung des Lohnes eintreten können. Der Volkswirtschaft ist gemessen und günstig für den Senat ausgefallen, aber an eine Lohnverhöhung war immer noch nicht zu denken. Nun mußte man sich die Bürgerstimmwahl abwarten, dann könnte man vielleicht höhere Löhne zahlen. Aber auch die Bürgerstimmwahl ist verüber gegangen, ohne daß man auch nur daran gedacht hätte, den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Während man bei den Verhandlungen, die in der vorigen Woche stattfanden, noch erklärte, daß man einsehen, daß der Lohn zu niedrig sei und die Verhandlungskommission auf diese Woche zurückgehe, wurde in der gestrigen Verhandlung gesagt, daß man wohl im Prinzip für eine Lohnverhöhung sei, aber zunächst einmal die Lohnverhandlungen in der Industrie abwarten müsse. Die Lohnkommission war sich darüber klar, daß dieses nur eine feile Ausrede sei, weil die Handwerksmeister sich bisher noch niemals dazu entschlossen haben, ihren Arbeitern die Verdienste zu gewähren, die in der Industrie erzielt wurden. Unter den gegebenen Verhältnissen gibt es keine andere Möglichkeit, die Lage dieser Arbeiter zu verbessern, als den Kampf. Die Verhandlungskommission ist einstimmig zu dieser Auffassung gekommen und will auch davon Abstand nehmen, erst den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung anrufen, weil die Erfahrungen, die bisher mit den Vorschlägen des Schlichtungsausschusses gemacht sind, nicht gerade zur Ermutigung dieser Instanz ermutigen können. Einmal kann sich der Schlichtungsausschuß nicht von den Weisungen, die er von dritter Seite empfangen hat, freimachen, indem er Schritte tut, die als ungenügend betrachtet werden müssen, um anderen aber haben die Arbeitgeber es noch niemals für nötig gehalten, Schritte anzuerkennen, die ihnen nicht gefallen, und eine Verbindlichkeitsklärung solcher Schiedsverträge ist ebenfalls noch niemals erreicht worden. Die Entscheidung ist nunmehr in die

Neuwahl der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte sowie der Betriebsobleute.

Wie in den Vorjahren so ist auch in diesem Jahre für die Wahlen der Betriebsvertretungen ein gemeinsamer Termin festgelegt.

Als solcher ist der 31. März bestimmt.

Vier Wochen vor diesem Wahltage, also spätestens am 3. März, hat der Betriebsrat mit einfacher Stimmenmehrheit einen aus drei Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand zu wählen. Der Wahlvorstand wählt sich dann einen Vorsitzenden.

Wir rufen hiermit die Betriebsvertretungen auf, sofort in allen Betrieben und Betriebsversammlungen zur Neuwahl der Betriebsvertretungen Stellung zu nehmen.

Weitere Mitteilungen erfolgen durch die Betriebszentrale. Auskünst in allen Fragen wird erteilt im Sekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Johannisstraße 43, Gewerkschaftsagenossen, Betriebsräte! Die diesjährigen Neuwahlen der Betriebsvertretungen finden statt im Zeichen des Generalangriffs der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse. Deshalb Einigkeit und Geschlossenheit gezeigt und alle Vorbereitungen getroffen.

Folgt dem Aufruf zur Neuwahl! Beteiligt Euch reiflich an der Neuwahl!

Die Neuwahl der Betriebsvertretungen 1924 muß dem Unternehmertum zeigen, daß ihr brutaler, reaktionärer Kampf gegen die Arbeiterklasse diese nur zusammenschweißt.

Einigkeit macht stark! Der Vorstand des A. D. G. B., Ortsausschuß Lübeck. Der Vollzugsrat der freigewerkschaftlichen Betriebszentrale.

Hände der betreffenden Arbeiter selbst gelegt worden und ist daher zu erwarten, daß alle bei den vorgenannten Handwerksmeistern beschäftigten Gesellen am Mittwoch in der Versammlung erscheinen und dort ihren Willen zum Ausdruck bringen. Vor Ende dieser Woche wird jedoch die Arbeit nicht eingestellt werden, sodaß auch denjenigen Arbeitgebern, die den Wunsch haben, den berechtigten Ansprüchen ihrer Arbeiter Folge zu geben, die Möglichkeit zur Einigung gegeben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Lübeck. J. A.: A. Löwigt.

Die Abstimmung auf den Werften.

Bei der Abstimmung über den Schiedspruch auf den Häder Werften haben sich 1031 Stimmen gegen und 30 Stimmen für den Schiedspruch ausgesprochen. Die Lübecker Werftarbeiter hielten die achtstündige Arbeitszeit ein. — In Hamburg sprachen sich etwa 92 Prozent aller abgegebenen Stimmen gegen den Schiedspruch aus. — In Bremen wurde der Schiedspruch mit mehr als 90-Mehrheit abgelehnt. Welche Maßnahmen die Verfassungen ergreifen werden, um die Durchführung des vom Reichsarbeitsministerium für beide Teile für verbindlich erklärten Spruches, der bekanntlich die achtstündige Arbeitswoche vorsieht, durchzusetzen, muß abgewartet werden. — In Altona sprachen sich die Arbeiter mit 679 gegen 44 Stimmen gegen die Einführung des Neunhunderttag aus. — In Kiel wurden die Hämmer-Werke, die 3500 Arbeiter beschäftigen, geschlossen, weil die Verleaschaft den Neunhunderttag nicht einhielt. Von der Verleaschaft der Deutschen Werke stimmten 136 Stimmen für und 320 Stimmen gegen die neunstündige Arbeitszeit. Die Kruppische Germania-Werke ist seit dem 4. Februar geschlossen; sie beschäftigen etwa 7000 Arbeiter.

Eisbericht.

(Von 25. Februar.) Die westlichen Winde verbleiben in die Ostsee die Eisfelder von einer Spitze zur anderen. Teil wieder und in der westlichen Ostsee bis Rostock bestehen große Eisdickungen. Auf Seebrücken warnt Linienverkehr „Branntschweiß“ vor Auslaufen der Schiffe, bevor nicht andere Witterungsverhältnisse eingetreten sind. Der Dampfer „Bosch“, vom Kieler Kanal kommend, hat am Sonnabend infolge östlichen Windes gute Verhältnisse bis 6 Seemeilen außerhalb Travemünde getroffen. Der Dampfer „Finland“ von Altona kommend, war dagegen 14 Tage unterwegs. Eine Woche brauchte er bis zum freien Wasser außerhalb der finnischen Schären. Am 20. Februar

wurde der Altonaer wieder starker Eis angetroffen. Bei Bornholm fand sich dann Dampfer „Finland“ mit 12 Dampfmaschinen zusammen. Ein großer Ropenhagener Eisbrecher bemühte sich vergebens, die Schiffe zu befreien. Am 22. Februar morgens legte ein Nordwest- bis Nordoststurm ein, der offenes Wasser schaffte. Es gelangte Dampfer „Finland“ unter der schwedischen Küste nach Fallerbo (Möndö), Gleser (Festmannst) nahe Kollinische Küste in ungefähr freiem Wasser bis dicht vor Travemünde zu kommen. Nach Überwindung einiger Schwierigkeiten konnte er, wie Dampfer „Bosch“ Lübeck erreichen.

Dampfer „Nige“, von Sonderburg traf infolge der wechselnden Winde günstige Verhältnisse und konnte Lübeck nach zweitägiger Reise am Sonntag ohne Eisbrecherhilfe erreichen.

Abgegangen sind am Sonnabend nachmittags Eisbrecherdampfer „Nige“ mit Ladung nach Hangö und Sonntag mittags Dampfer „Hilde“ leer nach dem Kieler Kanal. Letzterer wurde vom Eisbrecher „Travemünde“ bis 6 Seemeilen außerhalb Travemünde begleitet, wo infolge des derzeitigen starken südlichen Windes freies Wasser gefunden wurde.

Am Montag morgen war der Wind Südost Stärke 4. Nach Meldungen aus Kopenhagen verursachte der Schneesturm in der vorletzten Nacht mehrfache Störungen in dem Bahn- und Jährdampferverkehr. Die Eisverhältnisse haben sich abermals verschlechtert, besonders im Bereich, Große Eisengen treiben von Schweden nach der dänischen Küste, wo das Eis sich in gewaltigen Blöcken staut.

Sinnsprüche auf Verlammlungen, Theater usw.

Stadtheater. Mittwoch: „Die Geisha“ mit Hedwig Hoff vom Landestheater Neustrelitz als Mimosa. Donnerstag: Erstaufführung von Schillings „Mona Lisa“.

Sanja-Theater. Die lustige Schwantoperette „Meine Braut — Deine Braut“ gelangt täglich 7 1/2 Uhr zur Aufführung.

Angrenzende Gebiete.

Schwarta-Rensfeld. Parteiversammlung am Donnerstag, dem 28. Februar, 7 1/2 Uhr, im Gasthof Trauspaal. In dieser Versammlung wird der Genosse Hansen-Kiel einen Vortrag halten über die politische Lage. Nachdem plattdeutscher Literaturabend. Es ist Pflicht jeder Genossin und jedes Genossen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Hamburg. Einladung der hamburgischen Dolzar-Koltscheine. Die hamburgischen wertbeständigen Notgeldscheine zu 420 Goldmark = 1 Dollar werden zur Einführung aufgerufen. — Gemeinsamer Kampf! Peter Graßmann, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sprach am Freitagabend in einer starkbesetzten Versammlung der Parteivertrauensleute im Gewerkschaftshaus. Das Thema „Arbeitszeitproblem und Sozialdemokratie“ wurde sowohl in dem archaischen angelegten Referat des Genossen Graßmann wie auch in der darauf folgenden Aussprache weit überschritten. Es kam zu einer Erörterung des Gesamtproblems der sozialistischen Arbeiterbewegung. Dabei konnte das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nicht unberührt bleiben. Es darf aber als hochinteressantes Ergebnis dieser Versammlung bezeichnet werden, daß sie erneut dafür Zeugnis ablegte, wie fest gerade in Hamburg freie Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei miteinander verbunden und wie sie entschlossen sind, auch fernerhin zusammenzubehalten. Im Kampf um die Verteidigung und Wiedereingliederung des Achtstundentages, im Kampfe um den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse, im Kampfe vor allem auch gegen die politische Reaktion bei den bevorstehenden Reichstagswahlen muß diese Einheitsfront von Partei- und Gewerkschaften in ihrer alten Stärke wieder aufgerichtet werden. Das ist die Lösung, zu der sich bei aller Verschiedenheit der Meinungen in einzelnen Fragen sämtliche Redner in dieser Versammlung bekanneten, von der gesagt werden darf, daß sie den Auftakt zu den Wahlvorbereitungen der Hamburger Sozialdemokratie bildete.

Kiel. Ein neues Textilmechanisches für die Nordische Messe. Die Anmeldungen der Aussteller zur Nordischen Messe in Kiel (23. bis 26. März) sind so zahlreich eingegangen, daß die Ausstellungsmöglichkeiten in den bisher zur Verfügung stehenden acht Meßhäusern nicht ausreichen, um den Platzbedarf zu befriedigen. Das Meßamt Kiel hat deshalb in zwei weiteren Meßhäusern noch geeigneten Ausstellungsraum zur Verfügung gestellt. Das reize Interesse, das besonders die Textilindustrie für die Nordische Messe als dem Ausfallstor nach Skandinavien, dem Baltikum und Rußland zeigt, hat zur Planung eines besonderen Textilmechanischen geführt, das in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes und der Unterstelle der nach den Nord- und Nordoststaaten

Deutsche Wärmeinseln.

Wo der Frühling zuerst einkehrt.

Wir haben in Deutschland naturbedingte Landstriche, in denen der Frühling recht früh einkehrt. Der Bolognese M. von Darda hat diese in einer Art Frühlingsindex umschriebenen Punkte Süddeutschlands studiert. Aus seinen Erfahrungen ergibt sich, daß im Rheinstrome und seinen Nebenflüssen Seitenflüssen (von denen ja viele Punkte jetzt leider befreit sind) der Frühling am frühesten einkehrt. Dieses höchste und früheste Wärmezentrum wozu zu finden ist. Es sind das Teile, die teils noch von Nordwinden, teils von der zu dieser Jahreszeit im mildesten Maße heranziehenden Hochlage von Süden der beeinflusst werden. Dieses Wärmeband, das etwa bei Köln beginnt, und längs des Rheines bis herunterzieht bis nach Basel, umfaßt in seinem nördlichen Abschnitt vor allem die durch ihr subtiles Eigenklima begünstigten Städte Köln, Düsseldorf, Bonn, Trier, und schließlich dann mit dem Eintritt in das von Bergen umschlossene Mittelrheintal, verbreitert sich um ein Gemäses in der Mosellinie bei Koblenz. Erst mit der Einmündung der Moselle wird die Zone der vorzuschiebenden Frühlingssonne erweitert, fast in gleichem Maße rechts wie linksseitig. Sie greift über Geisenheim, Wiesbaden, Elzville, alle die hohe Weinberge, nach Wiesbaden und auf den Südhängen des Taunus über, umschließt nach Frankfurt; fast bis nach Hanau, und zieht dann zu beiden Seiten des Rheines in einer Breite von 70 bis 80 Kilometer bis zur der Grenze des Jura, nach die sich gelagerten südlichen Schotterablagerungen umfaßt.

Die einmündenden breiteren Flüßläufer werden von der frühjahrlichen Wärmeumhüllung mehr oder weniger erfüllt, besonders soweit sie unter westlichen Einflüssen stehen: das Moseltal in der Gegend der Saar- und Mosel, das Rheintal bis in die Gegend von Hanau, und im breiten Rheintal bis ins Mittelrheintal nach Göttingen. Dieses ganze Gebiet hat eine mittlere Aprilwärme von mindestens 9 Grad Celsius, die an vielen Stellen fast 19 Grad Celsius im Monatsmittel nähert. In zwei bevorzugten Gebieten wird auch die Wärmegrenze überschritten, die alle die frühjahrlichen Zonen Deutschlands sind: Im Norden ein Streifen der Rhein- und Elbe mit den Städten Heidelberg, Speyer, Mannheim, Worms, Bensheim, und im Süden ein Ausläufer von Baden, in einer Breite von 25 bis 40 Kilometern, von Heidelberg und Mannheim bis Colmar und Müllheim.

Wenn im diesen Zonen die 10 Grad Celsius-Grenze erreicht? — In der Regel nicht vor dem 15. bis 20. April. In einigen Orten, die besonders günstig liegen, an Bergflanken sich an-

lehnd, der Südseite geöffnet und geschützt vor Ostwinden, dürfte die Wärmegrenze nach etwas früher, überbrückt werden, als am 15. April. Insbesondere kommen hier Stellen an der Bergstraße in Betracht, am Südhänge des Kaiserstuhls, in der Heimbürger Buch und südlich vom Kleiner Loch bis nach Basel.

Die klimatische Lage dieser bevorzugten Stellen Deutschlands entspricht etwa derjenigen von Montreux am Nordufer des Genfer Sees oder an geschützten Buchten des Neuenburger und Winterthurer Sees. Die 10-Grad-Schwelle als Tagesmitteltemperatur, mit der die Meteorologie den Frühling ansetzt, ist hier nur etwa zwei Wochen später erreicht als in den Kurorten Südtirols.

Neben den meteorologischen Beobachtungen besteht noch eine andere Möglichkeit, den Einzug des Frühlings festzustellen: der Vergleich der Aufblühzeit bestimmter Pflanzen. Diese Art, den Frühlingsbeginn zu bestimmen, entspricht dem allgemeinen Brauch, die ersten auftretenden Knospen der Obstbäume als die Kennzeichen des einwirkenden Frühlings zu bezeichnen. Nur nehmen es die Botaniker viel genauer. Sie begnügen sich nicht mit der Aufblühzeit oder dem Blühen allein, sondern beobachten die Aufblühzeit von dreizehn Pflanzen: Johannisbeere, Schlehe, Stachelbeere, Sauerkirsche, Traubenkirsche, Birne, Apfel, Kastanie, Squirre, Weißdorn, Goldregen, Eberesche und Quirke. Das mittlere Datum der Aufblühzeit dieser Pflanzen an einem Orte ist für den Botaniker das „Frühlingsdatum“.

Es zeigt sich durch langjährige Beobachtungen auf Grund dieser Methode, die streng wissenschaftlich gesehen, nicht so exakt ist wie die meteorologischen Feststellungen, weil die Entfaltung der Knospe mit bloßem Auge kontrolliert werden muß), daß der „phänologische“ Frühling, d. h. der bei Organismen sichtbare Frühling in Deutschland frühestens um den 22. April beginnt. Die Zeit vom 22. bis 26. April, die als sehr früher Frühlingseintritt gilt, bringt die reue Jahreszeit für den fast genau gleichen Teil der Erde auf Grund der Wärmeverteilung vor in unruhigen wurde. Bestimmte Zonen sind hierbei besonders begünstigt: der Ostabhänge am Harz (Neustadt), der Westabhänge der Bergstraße und die gleiche Seite des Schwarzwaldes, das Rheintal bei Rostandsee, der westliche Teil des „Rheingaus“. (Hierbei steht Wiesbaden etwas hinter seiner westlichen Nachbarschaft zurück.)

Bemerkenswert erscheint die Tatsache und vielleicht manchem überraschend, daß der 22. April (also ein Monat nach dem offiziellen astronomischen Frühlingsbeginn) als frühestes Frühlingsdatum für die Aufblühzeit der genannten Pflanzen nicht nur für Deutschland gilt, sondern überhaupt diesseits der Alpen keinen Vorzug hat. Will man den nächstfolgenden Ort mit früherem Frühling anzuzeigen, so muß man nach Bozen gehen, dessen

Frühlingsdatum auf den 11. April fällt, oder nach Arco (19. April). Die Riviera ist natürlich einzigartig bevorzugt. Milfranche-Surmer bei Nizza hat — wie auf Grund achtjähriger Aufzeichnungen festgestellt ist — das Frühlingsdatum schon am 24. März erreicht, also kurz nach dem Tage des Frühlingseintrages auf dem Kalender.

Es zeigt sich demnach, daß ein kleiner Teil unseres Landes gegenüber dem weit größeren des übrigen Deutschlands im Frühling außerordentlich bevorzugt ist. Zwischen dem Frühlingsbeginn des Oberthales und Nordtales einerseits und Nordschleswig oder dem Rheingebiet andererseits liegt eine Spanne von nahezu fünf Wochen. Während in Südböhmen und in Baden die Apfelblüte um den 22. April aufblüht, sehen sie die Schleswiger und die Ostpreußen erst um den 25. Mai. (Berl. Tagbl.)

Der Jungbauer.

„Unser Ziel muß es sein, den Leuten, die in den Dörfern die Internationale anstimmen, die Tade vollzubauen. Jungbauer Reuter auf der Landbundtagung in Berlin.“

Endlich haben wir den Menschen ohne Neustädterknecht, Den ins Embrionale vereinzelt Januhauer. Er ähnelt fatal einer Kreuzung Gehlau-Phylax Und heißt: der Jungbauer.

Sein Ziel: Ohne Anstrengung der Gehirnganglienzellen Underscheidenden die Tade vollzubauen Und — geportet durch väterlich-lohberg'sche Mantelkellen — Deutschland wieder aufzubauen.

Beim Klang der Internationale wird ihm zu Mut, Wie dem Stier beim Anblick blutroter Tücher. Von Marxismus weiß er, daß ein Marxisst ein Jüd. (Er liebt prinzipiell keine Bücher.)

Doch da er gehört, daß seinem gehamsterten Geld Die roten nachstellen, betrachtet seitdem er Als Anführer dieser Kerle und größten Schuft der Welt Den Steuerernehmer.

Kriegsunterernährung bleib ihm — gottlob — gänzlich fremd. Heißungstriebe fröhlich er tagelüder weidlich unterland'scher Erfrischung. Nachts in Hose und Hemd Schleicht er bei den Menschen. Mich v. Sindenheden.

führenden Dampfmaschinen errichtet werden soll. Das Gebäude, mit allen technischen Neuerungen ausgestattet, umfaßt über 8000 Quadratmeter Ausstellungsraum, bei einer verfügbaren Gesamtlänge von 2 Kilometern. Seine Ausführung ist im Laufe des Sommers geplant.

Insel Silt. Vom Später Dammbau. Der Später Dammbau ist nach der Sturmflutkatastrophe im September vergangenen Jahres eingestellt worden. Die gewaltige Sturmflut, die den fertigen Teil des Baues fast vollständig zerstört und zerstört hat, hat erwiesen, daß in der bisherigen Bauweise gegen Sturmflutgefahr nicht fortzufahren werden kann, denn der Damm hält den entseffelten Elementen gegenüber keineswegs stand. Da der Reihsbahn äußerste Sparsamkeit aufgelegt ist, fehlen die Mittel für die Durchführung des Unternehmens, so daß die bisher gebrachten Opfer zum größten Teil umsonst gewesen sind.

Gewerkschaften.

Erste Situation im Baugewerbe. Die baugewerblichen Unternehmer haben bereits im Januar auf Grund der Arbeitszeitverordnung die Bestimmungen des Reichsstatutarvertrages für das Baugewerbe über die Arbeitszeit zum 12. Februar gekündigt, obwohl der Reichsstatutarvertrag am 31. März abläuft. Sie fordern den Gehaltsunterschied, und als die Arbeitgeberverbände diese Forderung grundsätzlich ablehnten, haben sie den Reichsarbeitsminister angerufen. Der Minister hat als Schlichter den Unterstaatssekretär Möllendorf bestellt. Am 21. Februar fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt. Ein Einigungsversuch des Schlichters scheiterte. Die Unternehmer beharrten bei ihrer Forderung, die Arbeitgebervertretung auf ihren ablehnenden Standpunkt. Die sofort im Anschluß an die Verhandlung gebildete Schlichtungskammer hat einen Schiedspruch nicht gefällt. Der Vorstoß des Schlichters, der die Arbeitgeber ermächtigen wollte, nach ihrem Ermessen und nach dem wirklichen Bedürfnis des Betriebes die bisherige tägliche Arbeitszeit bis zu 9 Stunden (wöchentlich 54 Stunden) zu verlängern, hat keine Mehrheit gefunden. Der Streit über die Arbeitszeit im Baugewerbe ist somit unentschieden. Verhandlungen, die am 22. Februar zwischen den Vertragsparteien über Erneuerung des Reichsstatutarvertrages stattfanden, sind gleichfalls gescheitert. Die Unternehmer fordern in der Hauptsache: 1. zehnstündige tägliche Arbeitszeit, 2. Ausbleiben des Arbeitsausfalles in den Wintermonaten durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit in den Sommermonaten, 3. Fortfall der Ferien, 4. Lehrlinge fallen nicht unter den Tarifvertrag usw. Die Arbeitgebervertreter haben diese Forderung grundsätzlich abgelehnt. Sie sind bereit zu neuen Verhandlungen, wenn im neuen Vertrage die Achtundvierzigstundenwoche gesichert wird, die Ferien aufrecht erhalten bleiben, und wenn der Vertrag auch die Lehrlinge einschließt. In der am Schluß der Verhandlung abgegebenen Erklärung stellt die Arbeitgeberseite fest, daß bei dem grundsätzlichen ablehnenden Verhalten der Arbeitgebervertreter zu ihren Hauptforderungen zurzeit keine Möglichkeit der Annäherung und Weiterverhandlung bestehe. Nach diesem Verlauf der Verhandlungen ist damit zu rechnen, daß bis 31. März ein neuer Reichsstatutarvertrag für das Baugewerbe nicht zustande kommt und das Baugewerbe zum 1. April in eine vertragslose Zeit eintritt. Die daraus entstehenden Folgen lassen sich heute noch nicht übersehen. Schon jetzt aber muß auf den Ernst der Situation hingewiesen werden, der das Baugewerbe in nächster Zeit entgegengeht.

Abbau der Sozialversicherung.

Der Abbau grassiert, und daß er nicht selbst abgebaut wird, dafür sorgt die Verwaltungsabbauf Kommission unter der bewährten Führung des Herrn Lewald. Jetzt hat sich die Abbauf Kommission ein neues Tätigkeitsfeld auszuwählen, die Sozialversicherung. Für eine „Vereinbarung und Verbilligung der Sozialversicherung“ hat die Kommission Grundlinien ausgearbeitet, die, wenn sie durchgeführt würden, etwa das Ergebnis der abbauenden Tätigkeit des bekannten Diebstahlers im Porzellanladen haben müßten.

Nun ist an der Sozialversicherung sicher vieles reformbedürftig, und auch eine Verbilligung der Versicherung würde von den Versicherten und Mitgebern dankbar begrüßt werden. Von führenden Sozialpolitikern aller Richtungen wird eine Reform der Sozialversicherung schon seit Jahren gefordert. Wenn die Verwaltungsabbauf Kommission wirklich praktische Vorschläge machen wollte, so wäre ihr die Mitarbeit der Fachleute sicher nicht verweigert gewesen. Was aber in den „Grundlinien“ geboten wird, muß einen Sturm der Entrüstung bei Versicherten und Arbeitgebern erregen.

Der Extrakt aus diesen Grundlinien ist dieser:

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte wird aufgelöst, ihre Aufgaben den Landesversicherungsanstalten, den jetzigen Trägern der Invalidenversicherung, übertragen. Die Krankenkassen werden bezirklich zu einer Bezirksversicherungsanstalt zusammengeschlossen und als solche Hilfsorgane der Landesversicherungsanstalt. Die Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung bleiben bestehen, soweit sie leistungsfähig sind, im übrigen werden sie ebenfalls den Landesversicherungsanstalten angeschlossen. Die Landesversicherungsanstalten bleiben bestehen, nicht leistungsfähige werden mit anderen zusammengelöst. Die bisherige Selbstverwaltung, Versicherte und Arbeitgeber, die das Rückgrat besonders der Krankenkassen bildet, wird zerlegt. Dafür werden Verwaltungskörperschaften errichtet, in denen Beamte den Vorsitz führen und Versicherte und Arbeitgeber eine Nebenbedeutung spielen. Die unabhängige Rechtsprechung durch die Versicherungs- und Oberversicherungsämter wird beseitigt und den neuen Verwaltungskörperschaften übertragen.

Was haben denn die Landesversicherungsanstalten geleistet, daß man ihnen diese Vorzugsstellung einräumt? Renten haben sie schon lange nicht mehr zahlen können, da mußte das Reich und die Gemeinden einspringen. Dafür haben sie einen ungeheuer schwerfälligen Verwaltungskoloss aufgebaut, mit Tausenden von Beamten, die unter Aufsicht aller Scharfsinnes die Pfennigrenten berechnen. Der Rentenbescheid kostete allein mehr als die ganze Jahresrente ausmacht. Statistisch nachweisbar haben die Verwaltungskosten der Landesversicherungsanstalten mehr verschlungen als die ganze Beitragseinnahme betrug. Und diesem Moloch will man die Krankenkassen opfern, die zwar auch nicht ungerührt der Geldentwertung entgangen sind, es aber doch, gestützt auf ihr Selbstverwaltungsrecht, verstanden haben, sich lebensfähig zu erhalten. Gerade das Selbstverwaltungsrecht scheint aber der Abbauf Kommission der Dorn im Auge zu sein. Man möchte statt der freien Betätigung der Versicherten und Arbeitgeber lieber die gebundene durch gehorame Beamte. Dagegen gibt es nur eins: Schärftesten Protest. Die Arbeitgebervertretung sieht nicht die Rechte nehmen lassen, die ihr schon lange vor dem Kriege zugestanden waren, sie will selbst entscheiden über die von ihr aufzubringenden Mittel.

Erfreulicherweise hat auch im Unternehmerlager der Entwurf härtesten Widerpruch gefunden. Die Arbeitgeber denken gar nicht daran, auf die Selbstverwaltung zu verzichten. Das kam

Lübeck's humanistisches Gymnasium am Scheidewege.

Schon seit Jahren beschäftigen wir uns mit der Umgestaltung des Lübeck's höheren Schulwesens. In den letzten Tagen ist diese Frage nun dadurch wieder mächtig in Fluß gekommen, daß eine am Katharineum einberufene Versammlung der Eltern und Freunde dieser Schule sich mit der geplanten Umwandlung des sogenannten alten humanistischen Gymnasiums befaßte. Diese Schulform, eine Gelehrtenschule alter Richtung, erfreut sich in großen, steigendem Maße einer Unbeliebtheit bei den beteiligten und interessierten Kreisen, wie es in der Deffektivität schon betont wurde, die es angebracht erscheinen läßt, sich im Nachstehenden etwas näher damit zu beschäftigen.

In obiger Versammlung wurde der Plan einer durchgreifenden Reform des Katharineums behandelt. Wichtig ist hierbei vor allen Dingen, daß das Lehrkollegium dieser Anstalt doch lieber nach reiflicher Ueberlegung in seiner weit überwiegenden Mehrheit auf Grund einer reichen praktischen Erfahrung diesen Bestrebungen beigetreten ist, weil es einfiel, daß die Anstalt in ihrem jetzigen Aufbau langsam aber sicher an Boden verliert. Und es ist unseres Erachtens schon richtig, wenn man ganz allgemein den Grund sucht, in der in heutiger Zeit so stark hervortretenden Abneigung der Eltern gegen ein unterrichtliches System, in dem die Tendenz einer formalen Bildung eine bestimmte Rolle spielt. Jede Schulgestaltung muß, will sie die ihr zukommenden Aufgaben im Kulturbereich ihrer Zeit erfüllen, gleich einem lebendigen Wesen sein, also entwicklungs-willig und entwicklungs-fähig. Denn allein durch Ideale läßt sich auf die Dauer keine Schule aufrechterhalten.

Ohne die große Bedeutung des alten humanistischen Gymnasiums für unser Geistes- und Kulturleben der vergangenen und zukünftigen Zeiten im geringsten zu verkennen, müssen wir doch ohne weiteres zugestehen, daß die Macht der äußeren, im besonderen der wirtschaftlichen Verhältnisse uns zwingt, unserer Jugend, dem zukünftigen Träger des Staates, eine andere Art von Allgemeinbildung mit umfassenderer praktischer Einklebung mit auf den Lebensweg zu geben wie die, die durch eine Gelehrtenschule, ein humanistisches Gymnasium geboten wird, auch wenn wir ihm das Prädikat „altbewährt“ geben müssen. Wir dürfen nirgends, und besonders nicht im Schulwesen, an starren Formen vergangener Zeiten festhalten, so, wie sie vor Jahrhunderten vielleicht nützlich und angebracht waren, sondern wir müssen den berechtigten Ansprüchen des Lebens entgegenkommen, falls anders nicht die Zeit mit eilenden Schritten das Bestehende, als überflüssig erkannt, zermalmen. Kultur ist nichts Unveränderliches: sie ist wandlungsfähig, und sie ist beeinflussbar.

Wenn nun auch die äußerst geringe Anzahl der Schüler, die zu kommenden Eltern zur Ausnahme in die Sexta angemeldet worden sind, nicht allein ausschlaggebend für die Umbildung des Katharineums sein darf, da es sich tatsächlich um anormale Verhältnisse handelt, weil der regelmäßige vierjährige Kursus der Grundschule erst zu Ostern 1925 seinen Abschluß gefunden hat, so ist andererseits ohne Frage die Tendenz der Zukunft in der allgemeinen Menschenbildung dahingehend, daß das alte humanistische Gymnasium und das von ihm veritete Bildungsideal nicht mehr die Bedeutung für Staat, Volk und Wirtschaft hat, die es in früheren Jahrhunderten besaß. Dieses Absterben einer Schulform am lebendigen Baum unseres Bildungswesens ist besonders darauf zurückzuführen, daß sie es nicht verstanden hat, sich den dauernd wachsenden und neu sprichenden Ansprüchen der Wirklichkeit anzupassen und einzugliedern, den Er-

ziehungsziele der betroffenen Eltern genügend entgegenzukommen, und andererseits, die oftmals durch formale Bildung erlangte Weltkenntnis, die vielleicht noch gar verbunden mit Träumerei und reiner Stubenweisheit, nicht geeignet ist, ihm neue tatkräftige Freunde zu erwerben. Das ist bestimmt einer von vielen Gründen, die zur jetzigen, sehr kritischen Lage des Katharineums beigetragen haben.

Wir sind nun der Meinung, daß es wohl endlich an der Zeit ist, den schon lange erwogenen Gedanken der Neuorganisation unseres höheren Schulwesens zur Tat werden zu lassen. Und zwar würde es sich darum handeln, das Katharineum und das Johanneum gänzlich miteinander zu verschmelzen. Nach dem vom Direktor des Katharineums Prof. Dr. Rosenthal dargelegten Programm und Reformplan ist das alte humanistische Gymnasium damit in seiner Eigenart wohl endgültig begraben. Denn der neue in Aussicht genommene Lehrplan und die neue Lehrerbesetzung des Katharineums sind in ihrem Kern so gleichartig mit denen des Johanneums, und wir können schon sagen, fliehen so ineinander über, daß für das Nebeneinanderbestehen dieser beiden fast gleichen Anstalten als besondere Arten von Reformgymnasien für die Zukunft kein Grund mehr vorliegt. Hierbei wollen wir gleich bemerken, daß die heutigen Grenzen zwischen den verschiedenen Formen der Gymnasien sich immer mehr verwischen, so daß die dafür in Gebrauch befindlichen Namen fast nur noch Schall und Rauch sind.

Hervorheben wollen wir noch, daß es sich doch um keinen Umbau in unserem höheren Schulwesen, den wir auf keinen Fall eintreten lassen oder gar viel weniger noch bekräftigen möchten, sondern nur um eine rein organische und ideale Vereinigung der beiden Anstalten handelt. Es wäre vielleicht noch zu erwägen, ob das alte humanistische Gymnasium mit dem nur ihm eigenen Charakter als ein besonderer Zug innerhalb der neuen Anstalt zu erhalten wäre. Bedenken und überlegen wir also nochmals, auch in der Natur wirkt jeder Baum im rauhen Sturme alles das von sich, was nicht mehr lebensfähig, also verdorrt ist. Leider ist es heute aber so, daß ein jeder Opfer von anderen verlangt, selbst aber keine Opfer bringen will.

Durch diesen eben vorgeschlagenen organischen Zusammenschluß von Katharineum und Johanneum, könnte freilich zugleich hiermit auch der chronische Raumnot und dem Ausdehnungsbestreben, insbesondere der Oberrealschule, gesteuert werden. Und es wäre doch für diesen Fall eine geradezu ideale Lösung, wenn zu einer Gleichrichtung der Lehrpläne der beiden obigen Anstalten auch eine ideale Vereinigung käme. Denn die zukünftige gemeinsame Lehrpläne der vereinigten Katharineums und Johanneums wird sich so gestalten, daß unseres Erachtens sich keinerlei Schwierigkeiten in der Unterbringung der Schüler innerhalb einer Anstalt ergeben werden. Die Oberrealschule aber, als das jetzige in der Tat und auch in Zukunft dauernd weiter wachsende Schulsystem von großer Anziehungskraft, könnte alsdann das bisherige Schulgebäude des Johanneums beziehen. Auf diesem Wege hätte man alsdann auch endlich die leidige Raumfrage gelöst und aus der Welt geschafft.

Hoffen wir, daß sich Mittel und Wege finden werden, um alle Fragen, die wir im Vorstehenden berührten, im Interesse einer gedeihlichen Weiterentwicklung unseres höheren Schulwesens einer glücklichen Lösung entgegenzuführen. Denn Bildung ist an sich ein aktiver Kulturfaktor, ist ein ungeheurer Zukunftswert, den zu heben jeder die Pflicht hat, zum Wohle des Ganzen. Sch.

auch im vorläufigen Reichswirtschaftsrat zum Ausdruck, wo Arbeitnehmer und Arbeitgeber einmütig den Entwurf ablehnten. Auch die Reichsregierung steht der Regelung nicht sympathisch gegenüber. Hoffentlich bereitet sie dem Wechselbalg schnellstens sein Schicksal: In die Wolfschlucht!

Vermischte Nachrichten.

Doppelmord im Süden Berlins. Ein doppelter Frauenmord im Süden Berlins beschäftigte in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Kriminalpolizei. In dem Hause Schleiermacherstraße 15 wohnte die Witwe Emma Trautmann mit der bei ihr lebenden Else Hoffmann. Beide Frauen wurden in der Nacht zum Sonntag in ihrer Wohnung, allem Anschein nach mit einer Art erschossen, tot aufgefunden. Sie sind zweifellos einem Lustmord zum Opfer gefallen. Der 40 Jahre alte Frau H. war von dem Täter noch ein Messer in die linke Brustseite gestochen, dessen Heft nur einen Zentimeter herausragte. Eine Drahtschlinge ist der Frau um den Hals geworfen und furchelartig zugezogen worden.

Die Leipziger Messe ist im künftigen Nachen berufen. Zur bevorstehenden Herbstmesse werden insgesamt 275 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche zur Verfügung stehen. Diese Zahl umfaßt außerdem die gelassenen Gebäude: bzw. Stockwerkflächen einschließlich Treppen, Korridoren und Nebenräumen. Da erstenswensmäßig der markante Ausstellungsraum hiervon etwa zwei Fünftel ausmacht, ist die verbleibende Fläche zur bevorstehenden Herbstmesse auf annähernd 170 000 Quadratmeter zu schätzen; hierzu sind die Deckflächen und Freisflächen inbegriffen.

Das Kanonenboot „Graf von der Goltz“ gehoben. Der Delfin Mail wird aus Dar-es-Salaam berichtet, daß es nun nach viermonatlicher Arbeit gelungen sei, das deutsche Kanonenboot „Graf von der Goltz“ aus dem Grunde des Tanganjika-Sees an die Oberfläche zu heben. Das Schiff wurde von seiner deutschen Besatzung im Jahre 1916, als es mit einem englischen Kanonenboot im Gesicht lag, versenkt.

Schneefälle und Erbsätze in Spanien. Ueber Madrid sind am Freitag heftige Schneefälle und starke Regenböen niedergegangen. Infolge zahlreicher Erdbeben sind viele Unluckfälle zu verzeichnen. In Aragonien haben sich neue Erdstöße ereignet. Menschenleben sind dabei nicht zu beklagen, doch scheint der Sachschaden nicht erheblich zu sein.

Neuer Weltrekord im Höhenflug. Nach einem Telegramm aus Dayton (Ohio) hat der amerikanische Fliegerlieutenant Mac Ready den Höhenweltrekord für Flugzeuge geklärt. Indem er mit keinem Flugzeug eine Höhe von 12 494 Meter erreichte. Der Versuch Mac Ready's hat unter den von dem Internationalen aeronautischen Verein festgelegten Bedingungen und unter Kontrolle des Fliegers Orville Wright stattgefunden. Mac Ready war schon einmal Anführer des Höhenweltrekords, nachdem er sich am 27. Dezember 1921 mit seinem Flugzeug 10 518 Meter hoch erhob. Darauf wurde er von Adi Recondo geschlagen, der im Oktober 1923 eine Höhe von 11 145 Meter erreichte.

Ein italienischer Arbeiterorden. In Italien ist jetzt der Orden der Arbeit eingeführt worden. Das Verdienstkreuz der Arbeit wird ausschließlich an Arbeiter beiderlei Geschlechts verliehen, die in der Industrie, dem Handel und in der Landwirtschaft tätig sind, und die sich durch besondere Verdienste, Ansehen, Treue und musterhafte Führung ausgezeichnet haben. Der Orden ist nur

für Handarbeiter bestimmt. Er besteht aus einem fünfeckigen silbernen Kreuz, in dessen Mitte die geographische Gestalt Italiens in blauer Emaille reliefartig darzustellen ist. Die Umschrift lautet: „Dem Verdienst der Arbeit“. Auf der Rückseite ist der Name der ausgezeichneten Person und die Adresszahl der Verleihung eingraviert. Die Auszeichnung darf nur an Arbeiter verliehen werden, die die oben erwähnten Eigenschaften besitzen und außerdem den Nachweis führen können, daß sie in ununterbrochener Folge 25 Jahre lang in einer Stellung tätig gewesen sind. Man merkt an diesem patriarchalischen Nummi nichts davon, daß Mussolini sich auf die Seele der Arbeiter oder auch nur auf den modernen Wirtschaftspraxis versteht.

Drahtlose Verständigung in Bergwerken. Ein neues Versuchsgelände der drahtlosen Telephonie bildet, wie „Coal Industry“ mitteilt, die Verständigung in Gruben und Tunnelstrecken. Versuche, welche auf Veranlassung des „Bureau of Mines“ im Substanztunnel, New York, von einer Sachverständigenkommission im rd. 30 Meter Tiefe und 500 Meter vom Tunnelausgang durchgeführt wurden, ergaben mit Hilfe der Lautsprecher aus Pittsburg die Uebertragung einer durchaus zufriedenstellenden Verständigung der Radiosprecher. Die Versuche sollen die Unterlagen für die Verwendbarkeit bei Grubenkatastrophen bilden. Man will auf diese Weise die Verständigung mit den vertriebenen Bergleuten aufrechterhalten. Ob die Ausbreitung der elektrischen Wellen durch die Wasser- und Erdoberfläche hindurch oder aber längs der Tunnelröhre erfolgte, konnte auf Grund der angeführten Versuche bisher nicht festgestellt werden.

Abbruch mit Motorwinden. In Amerika sind die fahrbaren Motorwinden weit verbreiteter als bei uns. Ein beliebiger Typ ist ein 6-Tonnen-Wagen mit einer Winde, auf die bei Stillstand des Wagens der Motor umschaltet wird. Die Verwendungsfähigkeit dieser fahrbaren Winden ist eine sehr mannigfaltige. So berichtet „Scientific American“, daß bei dem Abbruch der Presbyterianischen Kirche in Jamestown die Kirchturmspitze durch ein Seil mit einer solchen Winde verbunden wurde. Beim ersten Anziehen riß das Seil, man ersetzte es durch ein zweites und erreichte nach drei Minuten Rechen und Krachen, daß die Spitze des Kirchturms mit großem Lärm abstach und zu Boden fiel. Dieses Verfahren des Abbaues ist sicherlich sehr zu empfehlen und in seiner Art echt amerikanisch; es ist eine der „unbegrenzten Möglichkeiten“.

Die Grippe in der Schweiz. Die Grippe hat auch in der Schweiz in diesem Jahre trotz des ganz außerordentlich strengen Winters eine bedeutende Ausbreitung gewonnen. Das Bulletin des Eidgenössischen Gesundheitsamtes, das schon für die zweite Februarwoche über 2600 Fälle meldete, zeigt, daß die Epidemie diesmal hauptsächlich in den nördlichen und östlichen Kantonen der Schweiz verbreitet ist. Tatsächlich herrscht sie aber auch sonst allenthalben, wobei freilich betont wird, daß ihr Charakter diesmal mehr autark und die Zahl der unmittelbar der Epidemie zuzuschreibenden Todesfälle sehr gering ist.

Theater und Musik.

2. Konzert des Lübecker Lehrer-Gesangvereins. Nachdem man sich im vorigen Konzert an Johannes Brahms etwas versündigt hatte, sollte wohl Gedehenes wieder auf gemacht werden, und so war das Programm mit Brahmschen Werken überfüllt; nicht zu beansunden dann, wenn man für die Variationen Opus 21 mit der „festen verhöbenen Architektur“ und für das „G-moll Con-

